

Bildung für Berlin



Leistungs- und Qualitätsentwicklungsbericht Volkshochschulen

gemäß § 123 (6) Schulgesetz für Berlin

Impressum

Herausgeber

Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Beuthstraße 6 - 8
10117 Berlin-Mitte

www.berlin.de/sen/bwf

Redaktion

Referat Weiterbildung,
Lebenslanges Lernen
Dr. Monika Londner-Kujath
Käthe Kruse
Rainer Kreams

Druck

Oktoberdruck AG

Auflage

500, April 2008

V. i. S. d. P.

Frank Schulenberg
Referent für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Telefon 030 9026 5985
eMail frank.schulenberg@senbwf.berlin.de

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Werbung für politische Parteien verwendet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,



Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Senator für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

vor Ihnen liegt der erste vergleichende Leistungs- und Qualitätsentwicklungsbericht zur Arbeit der Berliner Volkshochschulen. Er gibt Auskunft über die Rahmenbedingungen der Volkshochschularbeit, untersucht Volumen und Profile der Programmarbeit, informiert über das praktizierte Qualitätsmanagement und betrachtet die Leistungen der Berliner Volkshochschulen im bezirklichen und überregionalen Vergleich.

Wozu dient ein solcher Bericht? Realität drückt sich in Zahlen aus, doch spannend wird es dort, wo über den Zusammenhang von Ursache und Wirkung reflektiert wird, wo Widersprüche, Hemmnisse und Entwicklungsbedarfe identifiziert werden und wo Erfolge trotz schwieriger Ausgangslagen zu verzeichnen sind. Die Berliner Volkshochschulen agieren als bezirkliche Einrichtungen unter sehr unterschiedlichen sozialstrukturellen Bedingungen, sie sind in unterschiedliche parteipolitische Kontexte eingebunden und ihre Steuerung erfolgt vorwiegend mit den Routineinstrumenten der Bezirksfinanzierung. Das Land kann bildungspolitisch unmittelbar nur über die Bereitstellung zweckgebundener Mittel auf Output und Programm Einfluss nehmen. Gleichzeitig fungiert die Fachverwaltung als Landesverband der Berliner Volkshochschulen und vertritt sie im Deutschen Volkshochschulverband DVV. Kein einfaches Rollenmodell!

Um so überzeugender sind die Erfolge, die in diesem Spannungsfeld von Konkurrenz und Kooperation erzielt wurden. Mit einer starken Steigerung des Unterrichtsvolumens um fast zehn Prozent wurde im Jahr 2006 berlinweit bei der Weiterbildungsdichte der Leistungsdurchschnitt vergleichbarer großstädtischer Volkshochschulen erreicht. Die Volkshochschulen haben

im Berichtszeitraum ein gemeinsames EDV-Verwaltungsprogramm eingeführt, einen eigenen Internetauftritt gestaltet und gemeinsame Marketingstrategien entworfen. Nahezu alle Volkshochschulen sind qualitätszertifiziert.

Die Angebote zur sprachlichen Integration umfassen elf Prozent und mehr als ein Drittel des Unterrichtsvolumens. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben der Kulturen in dieser Stadt, sie sind folgerichtig vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Träger für die Durchführung von Integrationskursen anerkannt worden. Zusätzlich bilden sie auch die Kursleiterinnen und Kursleiter berlinweit fort. Netzwerke in der Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen sind neu geknüpft worden; die VHS-Mütter-/Elternkurse unterstützen insbesondere Mütter, damit sie den Bildungserfolg ihrer Kinder fördern können.

Volkshochschulen sind die bekanntesten und am meisten genutzten Weiterbildungseinrichtungen für das lebenslange Lernen vor Ort: von allen Generationen, bei allen sozialen und kulturellen Schichten. Damit das so bleibt, ist Organisationsentwicklung das Mittel der Wahl, um unterschiedliche Perspektiven und kurz- und langfristige Interessen in zukunftsfähige Konzepte einzubinden. Für diesen Prozess liefert der Bericht Zahlen, Fakten, Zusammenhangsbetrachtungen und Entwicklungsideen.

Ich lade ein zur Diskussion und grüße herzlich

	Seite
Zusammenfassung	V
1. Rahmenbedingungen der Volkshochschularbeit: Bildungsauftrag, Trägerschaft, bildungspolitische Steuerung	1
1.1 Bildungsauftrag nach Schulgesetz	
1.2 Trägerschaft und bildungspolitische Steuerung	
1.3 Finanzierungssystem	
2. Volkshochschulprogramm: Volumen und Profil	3
2.1 Leistungsvolumen	
2.2 Teilnehmer/-innen	
2.3 Programmprofil	
3. Ressourcen: Finanzen, Personal, Räume	7
3.1 Finanzausstattung I: Haushalt	
3.2 Finanzausstattung II: Gesamtfinanzierung	
3.3 Personalausstattung	
3.4 Ausstattung mit Unterrichtsräumen	
4. Qualitätsentwicklung: Zertifizierung, Kooperation, Entwicklungsschwerpunkte	13
4.1 Qualitätsentwicklung im Weiterbildungsbereich	
4.2 Qualitätsanforderungen laut Schulgesetz, VGG und Berliner Produktkatalog	
4.3 Qualitätstestierung nach LQW	
4.4 Fachbezogene Qualitätsnachweise	
4.5 Organisatorische Zusammenarbeit der Volkshochschulen	
4.6 Fachliche Zusammenarbeit der Volkshochschulen, Vernetzung mit anderen Bildungseinrichtungen	
5. Die Volkshochschulen im überregionalen Vergleich	18
5.1 Leistungsvolumen und -profil	
5.2 Finanzierung und öffentliche Förderung	
5.3 Personalausstattung und -struktur	
5.4 Betriebsgrößen	
6. Entwicklungsperspektiven und Handlungsbedarf	22
Tabellenanhang	24

Zusammenfassung

Gemäß Schulgesetz vom 26.1.2004 (§ 123 Abs. 6) veröffentlicht die für die Volkshochschulen zuständige Senatsverwaltung mindestens alle fünf Jahre einen *vergleichenden Leistungs- und Qualitätsentwicklungsbericht* zur Arbeit der Volkshochschulen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung legt hiermit den ersten dieser Berichte vor. Die im Bericht beschriebenen Entwicklungen werden im folgenden zusammengefasst dargestellt, wobei jeweils auf einzelne Abschnitte des Berichts verwiesen wird.

Leistungsumfang

Das Unterrichtsvolumen der Volkshochschulen nahm nach mehreren Jahren des Rückgangs im Jahr 2006 stark zu und übertraf den bisherigen Höchststand von 2002. Hauptursache des Rückgangs bis 2005 waren hohe Verluste bei Fremdmitteln, die den Volkshochschulen für unmittelbar kursbezogene Ausgaben zur Verfügung standen. Die Verluste, die vor allem im Zuge der Umstellung der Sprachförderung des Bundes entstanden sind, konnten inzwischen weitgehend aufgefangen werden. Den Volkshochschulen standen 2006 außerdem zusätzliche Mittel des Landes (für „Mütter-/Elternkurse“) und höhere Eigenmittel zur Kursfinanzierung zur Verfügung. (▶ 2.1, 3.1)

Die Versorgung mit Weiterbildung hat sich deutlich verbessert: die Weiterbildungsdichte (berechnet in Unterrichtseinheiten je 1.000 Einwohner) liegt jetzt bei 165 (2002: 159). Die vom Senat als Ziel für Berlin ausgewiesene *Weiterbildungsdichte 200* wird jedoch erst in zwei Bezirken erreicht. Um eine insgesamt bessere und gleichmäßigere Versorgung mit Weiterbildung zu erreichen, müssten zusätzliche Steuerungsmechanismen genutzt werden. Als mit dem Globalsummensystem und der mengenbezogenen Budgetierung kompatibles Vorgehen bietet sich die Festsetzung einer *Mindestweiterbildungsdichte* per Beschluss des Senats oder des Abgeordnetenhauses an. (▶ 1.3, 2.1)

Ressourcen

Die Ausgaben der Volkshochschulen (Kapitel 3711), von 2002 bis 2005 rückläufig, nahmen 2006 erstmals wieder zu. Im Mehrjahresvergleich stiegen die unmittelbar unterrichtsbezogenen Ausgaben für Honorarzahungen, die übrigen Ausgaben nahmen ab. (▶ 3.1)

Zur Sicherung ihres Finanzbedarfs haben die Volkshochschulen in allen Bezirken Vereinbarungen über „Einnahmen für Ausgaben“ getroffen: bestimmte Teile der VHS-Entgelte werden zweckgebunden eingenommen und stehen den Volkshochschulen für Ausgaben zur Verfügung. Kürzungen von Honorar- und Sachmitteltiteln werden so teilweise kompensiert. (▶ 3.1)

Das beschriebene Vorgehen hat (bei Rückgang der Teilnehmerzahlen im Mehrjahresvergleich) zu einem Anstieg der Einnahmen aus Entgelten geführt. Ein erheblicher Teil der zusätzlichen Entgelteinnahmen entfällt auf Sprachintegrationsmaßnahmen, deren Entgelte nach den Vorgaben für die Bundesförderung verdoppelt werden mussten. Auch in den anderen Programmbereichen stiegen die geforderten Entgelte. (▶ 3.2)

Der „Landeszuschuss“ (Differenz zwischen Eigeneinnahmen und Gesamtausgaben der Volkshochschulen) lag 2006 bei 16,9 Mio. €; der Zuschuss pro Einwohner/-in betrug 4,98 €. Wegen des Rückgangs bei Einnahmen aus Fremdmitteln nahm der „Landeszuschuss“ gegenüber 2002 um etwa sechs Prozent zu. (▶ 3.2)

Die Personalausstattung der Berliner Volkshochschulen ist im Zuge der allgemeinen Personaleinsparungen erheblich zurückgegangen (2000 bis 2006 minus 24 %). Der damit verbundene Anstieg der Arbeitsbelastung wurde durch die Einführung des gemeinsamen EDV-Verwaltungsprogramms der Volkshochschulen vor allem bei Routinevorgängen deutlich gemildert. Jedoch müssen weiterhin wichtige Aufgaben vor allem der pädagogischen Planung (z.B. in den Bereichen Unterrichtsqualität und Programmentwicklung) zurückgestellt werden. (▶ 3.3)

Die Volkshochschulen stützen sich bei ihrer Arbeit sehr stark auf eine Gruppe von Kursleitern/-innen, die aus freiberuflicher Lehrtätigkeit ihr gesamtes Einkommen oder einen hohen Anteil daran beziehen. Etwa 600 Kursleitende sind von der Arbeit an der Volkshochschule wirtschaftlich abhängig („arbeitnehmerähnliche Personen“). Diese Gruppe ist besonders betroffen von der Stagnation der Kursleiterhonorare, die zuletzt 1993 angehoben wurden. Auch im Interesse der Einrichtungen, die auf professionell arbeitendes Lehrpersonal angewiesen sind, ist eine Lösung des Problems äußerst dringlich. (▶ 3.3)

Der Bedarf der Volkshochschulen an eigenen Unterrichtsräumen ist zur Zeit nicht gedeckt. Für Kursangebote tagsüber und an Wochenenden (wenn Schulräume zur Mitnutzung nicht zur Verfügung stehen) fehlen zur optimalen Kursdurchführung insgesamt rund 160 Räume; für die angestrebte Weiterbildungsdichte 200 würden weitere 130 Räume gebraucht. (▶ 3.4)

Programm

Die Berliner Volkshochschulen erreichen, ihrem Bildungsauftrag entsprechend, in hohem Maße sozial und bildungsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen (ablesbar an der Zahl der Teilnehmenden mit individuellem Ermäßigungsanspruch bzw. in ermäßigt angebotenen Veranstaltungen). Fast 40 Prozent aller Veranstaltungen richten sich an spezielle Zielgruppen, deren wichtigste Migrantinnen und Migranten sind: die Angebote zur sprachlichen Integration (11 % aller Veranstaltungen) haben einen Anteil von mehr als einem Drittel am Unterrichtsvolumen insgesamt. (▶ 2.2, 2.3)

Gerade in diesem für sie wichtigsten Aufgabenbereich hatten die Volkshochschulen infolge des Rückgangs der Bundesförderung (2005 gegenüber 2002: minus 1 Mio. €) besonders große Finanzierungsprobleme. Den daraus resultierenden Angebotsrückgang haben die Volkshochschulen zunächst durch Umschichtungen im Programm, Anhebung der Teilnahmeentgelte und mit zusätzlichen Landesmitteln für spezielle Angebote zur sprachlichen Integration („Mütter-/Elternkurse“) weitgehend aufgefangen. Im Jahr 2006 konnten Bundesmittel fast im früheren Umfang akquiriert werden, das Unterrichtsvolumen erreichte den bisher höchsten Stand. (▶ 3.1)

Schwerpunkte der Programmentwicklung der Volkshochschulen sind zur Zeit Sprachintegrationsmaßnahmen (Integrationskurse nach Zuwanderungsgesetz und Angebote für besondere Zielgruppen: Mütter/Eltern, Frauen) und die Kooperation mit Schulen (Zielgruppen: Schüler/-innen, Eltern, Lehrer/-innen). Die Volkshochschulen führen in diesen Feldern mit Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zahlreiche Projekte durch und haben die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Bildungsbereich erheblich intensiviert. (▶ 4.6)

Eine wichtige Voraussetzung dafür war der Ausbau der Zusammenarbeit der Volkshochschulen untereinander. Beginnend mit der Entscheidung zur Einführung eines gemeinsamen EDV-Verwaltungsprogramms haben die Volkshochschulen ihre Zusammenarbeit auf weitere Bereiche ausgedehnt und eine früher nicht übliche Verflechtung und Arbeitsteilung erreicht. (▶ 4.5)

Qualitätsmanagement

Die Volkshochschulen kommen der Verpflichtung gemäß Schulgesetz zur Qualitätssicherung durch Anwendung eines Qualitätsentwicklungsverfahrens mit externer Überprüfung nach. Elf Volkshochschulen sind qualitätstestiert, eine Volkshochschule befindet sich noch im Verfahren. Mit der Testierung verpflichten sich die Volkshochschulen auf weitere Entwicklungsziele; ob diese erreicht wurden, wird nach vier Jahren bei der Retestierung überprüft. (▶ 4.2, 4.3)

Das Testat bescheinigt, dass eine Einrichtung fachliche Standards erfüllt und dass sie mit ihrem Qualitätsmanagement *unter gegebenen Bedingungen* ein Optimum erreichen kann. Die Volkshochschulen haben die im Bericht beschriebenen Qualitätsverbesserungen unter schwierigen Bedingungen (Haushaltslage, Personalabbau) und parallel zu anderen Entwicklungen erreicht, durch die sie ebenfalls sehr gefordert waren (Einrichtungsfusionen im Zuge der Gebietsreform, Veränderung der Verwaltungsstrukturen mit Einführung der Leistungs- und Verantwortungs-

zentren, Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und der produktbezogenen Budgetierung, Umstellung nahezu aller Arbeitsvorgänge in den Einrichtungen durch Einführung des gemeinsamen EDV-Verwaltungsprogramms).

Überregionaler Vergleich

Im Vergleich mit den Volkshochschulen der fünfzehn größten deutschen Städte erreichen die Berliner Volkshochschulen zusammen einwohnerzahlbezogen ein durchschnittliches Leistungsvolumen; sie bleiben jedoch hinter den leistungsstärksten großstädtischen Volkshochschulen (München, Frankfurt/M.) deutlich zurück. Diese arbeiten meist in flexibleren, ein Mengenwachstum begünstigenden Organisations- und Rechtsformen. Nur wenige große Volkshochschulen werden noch als Einheiten der Kommunalverwaltung geführt und kameralistisch gesteuert. (▶ 5.1)

In Berlin stehen je Leistungseinheit und je Einwohner/-in erheblich weniger Mittel zur Verfügung: Eigeneinnahmen der Volkshochschulen, öffentliche Zuschüsse sowie Gesamteinnahmen und -ausgaben liegen jeweils um mehr als 30 Prozent unter dem großstädtischen Durchschnitt. (▶ 5.2)

Nach dem oben beschriebenen Personalabbau erreicht die Personalausstattung der Berliner Volkshochschulen, bezogen auf das Leistungsvolumen, weniger als 60 Prozent des großstädtischen Ausstattungsdurchschnitts. Die Personalstruktur (Relation zwischen pädagogisch planendem und Verwaltungspersonal) ist in Berlin ungünstiger. Hinzu kommt, dass die Volkshochschulen anderer Großstädte als gesamtstädtische Einrichtungen meist viel größer sind als die bezirklichen Volkshochschulen in Berlin. Sie können daher in höherem Maße bei der innerbetrieblichen Aufgabenverteilung auf Arbeitsteilung und Spezialisierung setzen, um so zu besseren Arbeitsergebnissen zu gelangen. (▶ 5.3, 5.4)

Entwicklungsperspektiven und Handlungsbedarf

Für eine auch künftig erfolgreiche Bildungsarbeit der Volkshochschulen sollten bestehende Strukturschwächen vor allem bei der *Zusammenarbeit der Einrichtungen*, beim *Finanzierungssystem* und bei der *politischen Steuerung* behoben werden (▶ 6.):

- Die Volkshochschulen sollten ihre **Zusammenarbeit** noch verstärken und die Strukturen dafür ausbauen bzw. schaffen. Angesichts der knappen Personalressourcen ist vor allem mehr arbeitsteilige Zusammenarbeit der Einrichtungen erforderlich.
- In allen Bezirken sollten Volkshochschulen den für einen Volumenzuwachs erforderlichen Handlungsspielraum erhalten. Die Möglichkeiten, die auch die Kameralistik hierfür bietet, werden nicht überall konsequent genutzt. **Angebotssteigerungen** sollten regelmäßig Gegenstand der Zielvereinbarungen mit den Einrichtungen sein.
- Um eine bessere und gleichmäßigere Versorgung mit Weiterbildung zu erreichen, sollte eine stufenweise steigende **Mindestweiterbildungsdichte** politisch beschlossen und durch Maßnahmen der Bezirksbudgetierung abgesichert werden.
- Die Entwicklung der Volkshochschulen insgesamt erfordert **zusätzliche Ressourcen**. Gerade in den bildungspolitisch besonders wichtigen Aufgabenfeldern werden diese von den Einrichtungen allein (aus Teilnahmebeiträgen und Fremdmitteln) voraussichtlich nicht aufgebracht werden können. Den Aufwand für die erforderlichen *personellen* Ressourcen können Volkshochschulen im Rahmen ihres Bildungsauftrags nicht erwirtschaften. Damit sie zusätzliche Aufgaben übernehmen können, muss bei entsprechender politischer Schwerpunktsetzung auch eine personelle Verstärkung grundsätzlich möglich sein.
- Die Bezirke sollten die Mechanismen zur **politischen Steuerung** der Volkshochschulen der notwendigen **überbezirklichen Zusammenarbeit** der Einrichtungen anpassen, indem sie geeignete Strukturen dafür entwickeln (etwa nach Art kommunaler Zweckverbände). Die Steuerung sollte auf allen Ebenen anhand bildungspolitischer Ziele erfolgen, die bei Abschluss von Ziel- und Ressourcenvereinbarungen bisher nicht immer im Zentrum stehen.

1. Rahmenbedingungen der Volkshochschularbeit: Bildungsauftrag, Trägerschaft, bildungspolitische Steuerung

1.1 Bildungsauftrag nach Schulgesetz

Das Schulgesetz für Berlin vom 26.1.2004 definiert den Bildungsauftrag der Volkshochschulen:

- *Die Volkshochschulen haben die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens ein Angebot zu machen, das ihnen die Möglichkeiten eröffnet, Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu ergänzen, zu vertiefen und neu zu erwerben, ihre Chancen in der Gesellschaft zu nutzen und zu verbessern, ihre berufliche Existenz zu sichern und fortzuentwickeln, ihr gesellschaftliches und kulturelles Leben nach ihren Vorstellungen aufzubauen sowie sich als Teil von Staat und Gesellschaft zu verstehen und an deren Gestaltung mitzuwirken. (§ 123 Abs. 2 Satz 1)*
- *Aufgabe der Volkshochschulen ist es auch, zum Abbau der durch Geschlecht, kulturelle und soziale Herkunft oder durch gesellschaftliche Entwicklungsprozesse entstandenen und neu entstehenden Ungleichheiten beizutragen. (Abs. 3 Satz 1)*

Um diesen weitgefassten Auftrag zu erfüllen, sollen die Volkshochschulen ein alle Bereiche der Weiterbildung umfassendes und integrierendes Bildungsangebot machen:

- *Die Volkshochschulen sichern die Grundversorgung der Weiterbildung. Das Bildungsangebot dient der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung, ist einem integrativen Ansatz verpflichtet und soll zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen beitragen. (Abs. 1 Satz 3, 4)*

Durch das Schulgesetz wurde der Bildungsauftrag der Volkshochschulen verbindlich festgelegt; die Weiterbildungsgesetze anderer Bundesländer beschreiben die Aufgaben der Volkshochschulen in ähnlicher Weise.

1.2 Trägerschaft und bildungspolitische Steuerung

Die Volkshochschulen werden durch die zuständigen bezirklichen Gremien gesteuert. Volkshochschulen sind im allgemeinen direkt oder indirekt kommunale Einrichtungen¹. Die kommunale Trägerschaft wird in Berlin seit 1945 durch die Bezirke wahrgenommen. Das Schulgesetz vom 26.1.2004 verpflichtet die Bezirke zum Unterhalt von Volkshochschulen:

- *Jeder Bezirk unterhält eine Volkshochschule. Diese Verpflichtung kann auch dadurch erfüllt werden, dass Bezirke gemeinsam eine Volkshochschule unterhalten. (§ 123 Abs. 1 Satz 1 u. 2)*

Bis zur Verwaltungsreform waren die Berliner Volkshochschulen eigene Ämter; in der in Leistungs- und Verantwortungszentren (LuV) gegliederten neuen Verwaltungsstruktur sind sie amtsangehörige *Fachbereiche* in einem LuV².

Rahmenregelungen trifft der Senat durch Verwaltungsvorschriften zu Entgelten und Honoraren der Volkshochschulen³. Darüber hinaus kann das Land über die Bereitstellung von Mitteln für zusätzliche Aufgaben und indirekt über die Ausgestaltung der Regeln für die Bezirksfinanzierung auf die Entwicklung und das Programm der Volkshochschulen Einfluss nehmen.

¹ Übliche Organisations- und Rechtsformen sind neben dem kommunalen Amt der kommunale Eigenbetrieb, die gemeinnützige GmbH im Eigentum der Kommune, der eingetragene Verein mit starkem kommunalem Einfluss.

² Der Zuschnitt der Leistungs- und Verantwortungszentren, denen Volkshochschulen angehören, ist von Bezirk zu Bezirk verschieden. Die häufigste Kombination ist die von Volkshochschule und Musikschule in einem LuV. Meist haben die VHS-Leiter/-innen auch die LuV-Leitung inne.

³ Ausführungsvorschriften über Entgelte der Volkshochschulen vom 23.8.2005 (Amtsblatt Nr. 62 vom 16.12.2005, S. 4606 ff.), Ausführungsvorschriften über Honorare der Volkshochschulen vom 19.7.2002 (Amtsblatt Nr. 37 vom 2.8.2002, S. 3018 ff.), geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 16.3.2004 (Amtsblatt Nr. 18 vom 16.4.2004, S. 1594).

Die *gesamtstädtische Steuerung* der Volkshochschulen ist Aufgabe der zuständigen Senatsverwaltung, jedoch gibt es gemäß Verfassung von Berlin und Allgemeinem Zuständigkeitsgesetz (AZG) keine generelle Fachaufsicht des Senats über die Bezirke im Bereich Volkshochschule⁴. Das Referat Weiterbildung, Lebenslanges Lernen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hält zur gesamtstädtischen Steuerung regelmäßige Dienstbesprechungen mit den Leiterinnen und Leitern der Volkshochschulen ab. Das Referat nimmt die Aufgaben eines *Landesverbandes der Volkshochschulen* wahr und vertritt das Land Berlin in den Gremien des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV)⁵.

Für ihre Zusammenarbeit haben die Volkshochschulen Fachkommissionen und ständige Arbeitsgruppen eingerichtet. Die Arbeitsgemeinschaft der VHS-Direktorinnen und -Direktoren trifft gemeinsame Entscheidungen, sofern diese nicht den zuständigen Bezirksstadträten vorbehalten sind. Über den Betrieb der Geschäftsstelle für das gemeinsame EDV-Verwaltungsprogramm (an der VHS Neukölln) und der Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen (an der VHS Tempelhof-Schöneberg) bestehen Verwaltungsvereinbarungen.

1.3 Finanzierungssystem

Über die finanziellen Mittel der Volkshochschulen (Kapitel 3711 der Bezirkshaushalte) entscheiden im Rahmen der Globalsummenzuweisung die Bezirke in eigener Verantwortung. Eine Verpflichtung, die in der jeweiligen Globalsumme rechnerisch für VHS-Produkte enthaltenen Beträge (Produktsummenbudgets) auch vollständig für VHS-Zwecke einzusetzen, besteht nicht. Dennoch wirkt sich die mengen- und stückkostenbezogene Budgetierung auf die Aufstellung der Bezirkshaushalte in zunehmendem Maße aus; dies ist im Prinzip auch beabsichtigt. Zu beobachten ist eine Tendenz zur Ausstattung der die Produktmengen bestimmenden Haushaltstitel — im VHS-Bereich sind das in erster Linie die Honorartitel — mit Beträgen, die an den „Zuweisungsmengen“ der Budgetierung orientiert sind und *größere Produktmengen* nicht ermöglichen⁶.

Kritisch zu sehen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Auswirkungen des *Wertausgleichs* (dem Produkte der sozialen Infrastruktur unterliegen) auf die von den Volkshochschulen „produzierten“ Gesamtmengen. Die Umverteilung von Mengen per Wertausgleich hat bisher *nicht* zu Mengensteigerungen in den begünstigten Bezirken geführt, jedoch (aufgrund der oben beschriebenen Ausstattung der Titel in Anlehnung an die Produktbudgets) zur *Verringerung von Mengen* in Bezirken, deren Zuweisungsmengen im Wertausgleichsverfahren reduziert wurden.

Die bildungspolitisch vom Senat wiederholt als Ziel ausgewiesene *Verbesserung der Versorgung mit Weiterbildung*⁷ ließe sich auch im Globalsummensystem herbeiführen, wenn eine Mindestgröße für die *Weiterbildungsdichte* politisch beschlossen würde. Die Bezirke wären dann nicht nur zum Unterhalt einer Volkshochschule, sondern auch zu einem Mindestvolumen des bezirklichen Weiterbildungsangebots verpflichtet⁸.

⁴ Das AZG führt nur die Aufsicht über *Schulische Lehrgänge* an Volkshochschulen und die Beauftragung der Volkshochschulen mit der Abnahme von *Prüfungen* als Aufgaben der Hauptverwaltung auf (Allgemeiner Zuständigkeitskatalog AZG Nr. 16).

⁵ Der Deutsche Volkshochschul-Verband ist ein Dachverband, dem die rechtlich unabhängigen VHS-Landesverbände aller Flächenstaaten angehören. Die Stadtstaaten haben unterschiedliche Lösungen für die Mitgliedschaft gefunden, im Falle Berlins ist das Land selbst Mitglied des DVV.

⁶ Dabei bleibt die Einnahmeseite unberücksichtigt: die Einnahmen pro Produkteinheit sind im VHS-Bereich so hoch, dass größere Mengen durch höhere Einnahmen vollständig oder nahezu vollständig finanziert werden können (siehe dazu Teil 3.1).

⁷ Erhöhung der Weiterbildungsdichte auf 200, siehe 2.1.

⁸ Das Bildungsangebot der Volkshochschulen wird in der Kosten- und Leistungsrechnung in zwei Produkten abgebildet: *Lehrveranstaltungen VHS* und *VHS-Sprachintegrationsmaßnahmen für Zuwanderer*. Ein Beschluss über eine Mindestweiterbildungsdichte müsste daher zwei Komponenten enthalten: eine allgemeine, auf die Gesamtbevölkerung bezogene zu erreichende Weiterbildungsdichte und eine spezielle, auf den Migrantenanteil an der Bevölkerung bezogene Weiterbildungsdichte für Integrationsangebote.

2. Volkshochschulprogramm: Volumen und Profil

Die Entwicklung der Leistung der Berliner Volkshochschulen wird dokumentiert durch die *VHS-Statistik*, die jährlich vom Referat Weiterbildung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung herausgegeben wird. Die Daten gehen in die nach einheitlichen Kriterien erhobene bundesweite Volkshochschul-Statistik ein, deren Angaben zum überregionalen Vergleich genutzt werden können (siehe *Teil 5*). Die Darstellung der *Situation der Volkshochschulen insgesamt* erfolgt anhand der Statistikdaten des Jahres 2006 sowie der Haushaltsdaten des Kapitels Volkshochschule⁹. Soweit Entwicklungen beschrieben werden, werden Zahlen von 2002 zum Vergleich herangezogen¹⁰. Angaben zu den Bezirken enthält der Anhang.

2.1 Leistungsvolumen

Das Unterrichtsvolumen der Berliner Volkshochschulen, gemessen in Unterrichtseinheiten (UE) zu je 45 Minuten, stieg 2006 nach mehreren Jahren des Rückgangs erstmals wieder deutlich (+9,9 % gegenüber 2005); der Höchststand des Jahres 2002 wurde um rund 20.000 Unterrichtseinheiten übertroffen. Auch einwohnerzahlbezogen war es das bisher beste Jahr: die *Weiterbildungsdichte* (Zahl der UE in Kursen, bezogen auf jeweils 1.000 Einw.) erreichte einen Wert von 165 (2002: 159).

Unterrichtsvolumen und Weiterbildungsdichte 2006
(in Klammern: Zahlen von 2002¹¹)

Veranstaltungen gesamt ¹²	UE gesamt	Zahl der Kurse	UE in Kursen	Weiterbildungs- dichte
17.359 (ca. 17.980)	565.541 (ca. 544.350)	16.116 (ca. 16.270)	561.343 (ca. 538.400)	165 (159)

Der Leistungsrückgang in den Jahren nach 2002 hatte seine Hauptursache in Verlusten der Volkshochschulen bei eingeworbenen Fremdmitteln und Zuwendungen (des Bundes, der Bundesagentur für Arbeit und der EU). Dieser Mittelverlust (2005 gegenüber 2002: 1,6 Mio. €) konnte 2006 auf 400.000 € reduziert werden. Den Volkshochschulen standen außerdem zusätzliche Mittel des Landes für spezielle Angebote („Mütter-/Elternkurse“) sowie mehr Eigenmittel zur Durchführung von Lehrveranstaltungen zur Verfügung (Näheres dazu siehe unter 3.1-2).

Die vom Senat festgelegte *Zielzahl 200* für die Weiterbildungsdichte¹³ wird nur erreicht werden, wenn das Leistungsvolumen auch in den kommenden Jahren steigt. Zur Zeit gibt es aus verschiedenen Gründen große Differenzen zwischen den Bezirken; während zwei Bezirke die Weiterbildungsdichte 200 bereits weit überschreiten, liegen sechs Bezirke um mehr als ein Drittel unter dem angestrebten Wert¹⁴.

⁹ Bei den Vorarbeiten für den Bericht zeigten sich im Vergleich von Statistikzahlen und Haushaltsdaten einzelne Fehler in beiden Zahlenwerken, die (soweit möglich) für die Darstellung korrigiert wurden. Auf wesentliche Änderungen wird im Einzelfall hingewiesen.

¹⁰ Seit dem Statistikjahr 2002 wird die VHS-Statistik EDV-gestützt aufgestellt. Die rein manuell erstellten Statistiken früherer Jahre erreichten nicht die heutige Genauigkeit und sind für Vergleiche nur bedingt geeignet.

¹¹ Wegen anfangs fehlender Handlungsanleitung beim Einsatz des EDV-Verwaltungsprogramms der Volkshochschulen sind bis 2004 *Beratungen* als Kurse mit Unterrichtseinheiten und Teilnehmern gezählt worden. Die Leistungszahlen 2002 (Berlin gesamt) sind für diesen Bericht anhand von Plausibilitätsrechnungen nach unten korrigiert worden.

¹² Die Gesamtzahl der Veranstaltungen enthält außer Kursen auch Einzelveranstaltungen, Studienfahrten und -reisen.

¹³ Siehe *Stadtentwicklungsplan I: Öffentliche Einrichtungen, Versorgung mit Schulen und Freiflächen* der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (1995) und *Schulentwicklungsplan für das Land Berlin* der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (2001).

¹⁴ Die *bezirkliche Weiterbildungsdichte* reicht von 100 bis 312 (siehe dazu **Tabelle 1** im Anhang mit Daten zu den einzelnen Bezirken.) Die Differenzen gehen teilweise noch auf Unterschiede der Honorarausstattung vor Einführung der Globalsummenhaushalte und der mengenbezogenen Bezirksbudgetierung zurück. Weitere wichtige Ursachen sind unterschiedliche bezirkliche

2.2 Teilnehmer/-innen

Die Volkshochschulen erreichen mit ihren Unterrichtsveranstaltungen (Kursen) rechnerisch 6,0 Prozent der Berliner Bevölkerung¹⁵. Trotz einer gegenüber 2002 fast unveränderten Zahl der Kurse (-1 %) ging die Zahl der *Belegungen* (Teilnahmefälle) deutlich zurück (-6 %). Der Belegungsrückgang ist Indiz eines veränderten Weiterbildungsverhaltens: hier wirken sich Individualisierungstendenzen aus, die die Volkshochschulen zu einer stärkeren Differenzierung ihres Angebots veranlassen; zugleich nimmt die durchschnittliche Zahl der das jeweilige Angebot Nutzenden ab (vgl. unten: TN pro Kurs). Die Volkshochschulen haben ihre Angebotsstruktur dem veränderten Weiterbildungsverhalten angepasst und bieten Teile ihres Programms (zu höheren Entgelten) für kleinere Lerngruppen an.

Teilnehmer/-innen an VHS-Veranstaltungen (Belegungen) 2006
(in Klammern: Zahlen von 2002¹¹)

TN an Veranstaltungen gesamt	TN an Kursen	Reichweite (Anteil der Kurs-TN an der Bevölkerung)	TN pro Kurs (Durchschnitt)
221.703 (ca. 242.350)	203.134 (ca. 216.000)	6,0 % (6,4 %)	12,6 (13,3)

Der Belegungsrückgang dürfte teilweise auch eine Folge der finanziellen Lage mancher Bevölkerungsgruppen sein; die Volkshochschulen berichten von Änderungen im Buchungsverhalten: es werden seltener mehrere Kurse belegt und seltener mehrere Familienmitglieder zu Kursen angemeldet. Einen Hinweis geben die Belegungen durch Teilnehmer/-innen mit Anspruch auf *Entgeltermäßigung aus sozialen Gründen*; diese Zahlen gehen seit 2003 zurück. In den Jahren mit einem allgemeinen Belegungsrückgang (bis 2005) nahmen die Belegungen durch Ermäßigungsberechtigte stärker ab als die der Belegungen insgesamt¹⁶. Der Anstieg der Entgelte (siehe 3.2) muss bei der Bewertung berücksichtigt werden.

Zur sozialen Zusammensetzung der Teilnehmerschaft liegen nur freiwillige Angaben der Teilnehmenden zu Alter und Geschlecht vor; die Belegungszahlen der Unterrichtsveranstaltungen insgesamt und spezieller Zielgruppenangebote geben jedoch weitere Hinweise. Die Tatsache, dass mehr als die Hälfte aller Teilnehmenden entweder einen individuellen Ermäßigungsanspruch haben oder an einer (meist zielgruppenspezifisch) ermäßigt angebotenen Veranstaltung teilnehmen, lässt erkennen, dass die Volkshochschulen ihrem Bildungsauftrag gerecht werden und *sozial bzw. bildungsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen* auch tatsächlich erreichen.

2.3 Programmprofil

Die VHS-Veranstaltungen werden statistisch differenziert erfasst nach Programmbereichen¹⁷ und Fachgebieten. Welche unterschiedlichen Programmschwerpunkte die Volkshochschulen jeweils setzen, zeigt bereits ein Vergleich der *Anteile der Programmbereiche* am Gesamtprogramm der Einrichtungen. Vor allem der Bereich der sprachlichen Integration (Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache), der mehr als ein Drittel des Berliner VHS-Unterrichtsvolumens ausmacht, kon-

Schwerpunktsetzungen, je nach Einrichtungsprofil differierende Möglichkeiten der Fremdmittelinwerbung sowie die Nutzung zusätzlicher Landesmittel für Sonderprogramme in einzelnen Bezirken (s. Anm. 36).

Bei den Unterschieden der Weiterbildungsdichte ist auch zu berücksichtigen, dass die Volkshochschulen in zentraler Lage von Teilnehmenden aus den Außenbezirken intensiver genutzt werden als umgekehrt; die Nutzung des Gesamtangebots der Volkshochschulen ist in den Außenbezirken höher, als die dort allgemein niedrigere Weiterbildungsdichte erkennen lässt.

¹⁵ Bezogen auf das Gesamtangebot (einschließlich Einzelveranstaltungen etc.) sind es 6,5 Prozent.

¹⁶ Bei einem Anstieg der Kursbelegungen 2005/2006 um 4 Prozent nahmen die Belegungen durch Ermäßigungsberechtigte um 5 Prozent ab. Die Zahl der Belegungen durch Empfänger/-innen von Sozialgeld, Arbeitslosengeld I oder II ging um 8,3 Prozent zurück.

¹⁷ Die Aufteilung folgt den Vorgaben der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), die sechs Programmbereiche für ein Volkshochschulvollprogramm definiert hat.

zentriert sich an wenigen Volkshochschulen der Innenstadt¹⁸. Aber auch für andere, kleinere Bereiche gibt es ausgewiesene Programmschwerpunkte an einzelnen Volkshochschulen¹⁹. Die folgende Übersicht zeigt die Schwerpunkte des Berliner Gesamtprogramms und gibt Hinweise auf Veränderungen²⁰.

Programmbereiche nach Anteil am Unterrichtsvolumen
(ohne Einzelveranstaltungen)

	Anteil am Unterrichtsvolumen 2006			Entwicklung (UE)	
	nach UE	nach Kursen	nach TN	2002/2006	2005/2006
Politik - Gesellschaft - Umw.	2,6 %	5,9 %	6,7 %	-19 % ²¹	+0 %
Kultur/Gestalten	12,4 %	15,8 %	15,9 %	+7 %	+5 %
Gesundheit	8,8 %	17,5 %	19,2 %	+3 %	+5 %
Sprachen	62,2 %	41,9 %	42,2 %	+9 %	+12 %
davon Fremdsprachen	25,5 %	30,8 %	27,4 %	+3 %	+6 %
Deutsch als Zweit/ Fremdsprache	36,5 %	10,8 %	14,6 %	+14 %	+16 %
Arbeit - Beruf	11,8 %	17,2 %	11,8 %	-12 % ²²	+12 %
Grundbildung - Schulabschlüsse ²³	2,2 %	1,8 %	2,2 %	-27 % ²⁴	+12 %

Hervorzuheben ist, dass von der positiven Entwicklung des Jahres 2006 bis auf Politik - Gesellschaft - Umwelt alle Programmbereiche profitiert haben (vgl. oben: Entwicklung 2005/2006). Befürchtungen, der Ausbau der nach allgemeinem Konsens besonders wichtigen Angebote zur Sprachintegration könnte zu Lasten des übrigen VHS-Programms gehen, haben sich nicht bestätigt.

Ein großer Teil des Kursangebots der Volkshochschulen wird für spezielle *Zielgruppen* konzipiert. Neben Kursen zur sprachlichen Integration (Zielgruppe Migrantinnen und Migranten, 27 %) gibt es Veranstaltungen für Ältere (14 %), Frauen (8 %), Jugendliche und Schüler (7 %), Analphabeten (4 %) und andere²⁵. Bei Zielgruppenangeboten liegt oft ein besonderer Bildungsbedarf vor, Bildungswerbung und andere Maßnahmen können erforderlich sein.

¹⁸ Fünf Volkshochschulen (Neukölln, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf) bieten zusammen 80 Prozent der Lehrveranstaltungen im Bereich Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache (DaZ/DaF) an. Mit ihrem hohen Anteil am Gesamtvolumen können die Zahlen dieses Bereichs über die sonstige Größe einer Einrichtung täuschen: die VHS Neukölln, größte Anbieterin von DaZ/DaF-Kursen und zweitgrößte Berliner Volkshochschule, liegt beim Vergleich des Programmvolumens *ohne* DaZ/DaF auf dem zehnten Platz.

¹⁹ So setzt die VHS Mitte, zweitgrößte Anbieterin bei DaZ/DaF, zusätzlich einen Schwerpunkt im Bereich *Grundbildung - Schulabschlüsse*. 37 Prozent des Berliner Unterrichtsvolumens entfallen auf die VHS Mitte.

²⁰ **Tabelle 1** enthält Angaben zum Umfang der Programmbereiche an den einzelnen Volkshochschulen; **Tabelle 2** enthält Zahlen zur programmbereichsbezogenen Weiterbildungsdichte.

²¹ Größere jährliche Schwankungen ohne eindeutigen Trend.

²² Rückgang der Nachfrage (v.a. bei EDV-Standard-Kursen) und Rückgang der Fremdmittel für berufliche Bildung.

²³ Bei den Zahlen des Programmbereichs Grundbildung - Schulabschlüsse sind jene Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs (ZBW) nicht berücksichtigt, die zwar organisatorisch den Volkshochschulen angeschlossen sind, jedoch nach § 40 Schulgesetz als Teil der Berliner Schule geführt werden (VHS-Lehrgänge und -Kollegs). Zählt man deren Unterrichtsvolumen mit, werden die *Schulabschlusskurse* zum zweitgrößten Einzelbereich der Volkshochschularbeit nach Deutsch als Zweit-/Fremdsprache, gleichauf mit Fremdsprachen. In der ZBW-Statistik der Sen BWF werden nur Teilnehmerzahlen, nicht das Unterrichtsvolumen erfasst. Die VHS-Statistik enthält nachrichtlich auch das Unterrichtsvolumen: 2006 waren es 141.014 Unterrichtseinheiten für 2.989 Teilnehmende (im allgemeinen VHS-Programm: 2.130 UE, 322 TN).

²⁴ Die Arbeitsverwaltung hat die Förderung von Hauptschulabschlusslehrgängen für arbeitslose Jugendliche an der VHS Mitte wegen veränderter Schwerpunktsetzung eingestellt.

²⁵ Der Anteil der „sonstigen“ Zielgruppen ist mit 37 Prozent sehr hoch.

Als Spezialfall der Zielgruppenangebote zu nennen wären auch die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen (v.a. für Firmen), die für geschlossene Teilnehmergruppen stattfinden (im Jahr 2006 1.005 Kurse, 6,2 % aller Kurse).

Anteil der Zielgruppenangebote am Unterrichtsvolumen 2006

	nach Kursen	nach UE
Zielgruppen ohne Migranten/-innen	28,2 %	23,0 %
Migranten/-innen (Deutsch als Zweit-/Fremdsprache)	10,5 %	35,0 %
gesamt	38,7 %	58,0 %

Die Volkshochschulen bieten Teile ihres Programms (vor allem im Sprachenbereich und in der beruflichen Bildung) abschlussorientiert an. Dabei bereiten sie auf externe *Prüfungen* vor und führen selber Prüfungen durch. Mit den Sprachenzertifikaten („telc“) und den „Xpert“-Prüfungen bieten die Volkshochschulen bundesweit und europaweit standardisierte eigene Prüfungssysteme an. Für die Prüfungen im Zertifikatssystem, die bisher von der Prüfungsstelle im Referat Weiterbildung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung durchgeführt wurden, ist seit Mitte 2006 die Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen an der VHS Tempelhof-Schöneberg zuständig. Die angebotenen Prüfungen (Zertifikats- und Xpert-System) können auch von externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern abgelegt werden.

Prüfungen an Volkshochschulen 2006

(Zahl der Teilnehmer/-innen)

Deutsch als Zweit-/Fremdsprache: - Sprachtests im Auftrag der Einbürgerungsbehörden - A1- und A2-Prüfungen (Sprachstandsmessungen) - Zertifikatsprüfungen (telc)	1.181 1.450 840
Fremdsprachen: - Zertifikatsprüfungen (telc) - Sprachprüfungen ausländischer Universitäten etc.	31 316
Berufliche Bildung: - Xpert-Prüfungen	1.039

Das Kursangebot der Volkshochschulen wird durch zusätzliche Leistungen unterstützt, die den Zugang zu den Bildungsveranstaltungen erleichtern oder erst ermöglichen (Beispiel Kinderbeaufsichtigung) und den Bildungserfolg sichern helfen (Bildungsberatung, in einzelnen Kursen sozialpädagogische Betreuung)²⁶.

²⁶ 2006: Beratung durch Honorarkräfte ca. 17.000 Zeiteinheiten à 45 Min. (Beratung durch Festangestellte nicht erfasst), Kinderbeaufsichtigung 177 Gruppen, sozialpädagogische Betreuung 59 Gruppen.

3. Ressourcen: Finanzen, Personal, Räume

3.1 Finanzausstattung I: Haushalt

Die finanziellen Ressourcen, über die die Volkshochschulen verfügen können, sind 2006 erstmals wieder gestiegen. Nach einem Rückgang der Ausgaben des VHS-Kapitels 3711 von 2002 bis 2005 um etwa sechs Prozent stieg das Haushalts-Ist von 2005 auf 2006 um acht Prozent. Die Zunahme betraf in erster Linie die Honorarmittel (+1,4 Mio. €), aber auch andere Ausgabenposten (+0,5 Mio. €).

Ausgaben des Kapitels 3711 Volkshochschule

	2002 (in 1.000 €)	2006 ²⁷ (in 1.000 €)	Veränderung
Haushalts-Ist gesamt	26.015,4	26.379,7	+1,4 %
davon Honorarmittel ²⁸	13.483,4	14.521,3	+7,7 %

Da der Unterricht an den Berliner Volkshochschulen fast vollständig von freiberuflichen oder nebenberuflichen Lehrkräften mit Honorarverträgen erteilt wird, hängt die Entwicklung des Unterrichtsvolumens direkt von der Entwicklung bei den Honorarmitteln ab, die im folgenden nach Herkunft der Mittel differenziert dargestellt ist.

Honorarausgaben nach Herkunft der Mittel (kamerale Titel) 2006

(in Klammern: Zahlen von 2002)

	Betrag (in 1.000 €)	Anteil an Honoraren gesamt	Entwicklung seit 2002
aus Landesmitteln ²⁹	11.073,4 (10.714,8)	76,3 % (79,5 %)	+3,3 %
aus Fremdmitteln und Zuwendungen ³⁰	2.187,7 (2.404,8)	15,1 % (17,8 %)	-9,0 %
aus zweckgebundenen Entgelteinnahmen ³¹	1.260,2 (363,9)	8,7 % (2,7 %)	+246,3 %
gesamt³²	14.521,3 (13.483,4)		+7,7 %
zum Vergleich: Entwicklung des Unterrichtsvolumens (UE)			+3,9 % ³³

Auch bei den Honorarausgaben steht einem Rückgang von 2002 bis 2005 (-3 %) ein starker Anstieg von 2005 auf 2006 gegenüber (+11 %). Im Jahr 2006 konnten die Volkshochschulen rund 1,45 Mio. € mehr für Honorare ausgeben und ihr Unterrichtsvolumen damit um 10 Pro-

²⁷ In den Zahlen für 2006 sind rund 245.000 € an Projektmitteln des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Sprachintegrationsmaßnahmen enthalten. Die Mittel waren im Kapitel 1013 der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung eingestellt und wurden von vier Bezirken auftragsweise bewirtschaftet.

²⁸ Aufwendungen für freie Mitarbeiter/-innen aus Landesmitteln, Fremdmitteln und Zuwendungen, zweckgebundenen Entgelten.

²⁹ „Landesmittel“ wird hier als eingeführter Begriff und mangels eines besseren benutzt. Da die Bezirkshaushalte von den Bezirken aufgestellt werden, ist die Ausstattung der Titel stets eine Bezirksentscheidung. Eine Ausnahme bilden nur Mittel, die einzelnen Bezirken vom Land für konkrete Aufgaben zusätzlich zur Verfügung gestellt werden (z.B. für „Mütter-/Elternkurse“, s.u.).

³⁰ Ein Verbuchungsfehler im Haushalts-Ist 2006 von Neukölln wurde für die Auswertung korrigiert (Verbuchung von Fremdmitteln und Zuwendungen unter Landesmitteln).

³¹ Einnahmen der Volkshochschulen aus Teilnahmeentgelten insgesamt: 9,037 Mio. €.

³² Die Gesamtausgaben für Honorare laut *VHS-Statistik* weichen von den Haushaltszahlen leicht ab (2006: 14.657.000 €). Die Statistikzahlen können hier nicht herangezogen werden, weil sie keine Differenzierung nach Herkunft der Mittel enthalten.

³³ Der Anstieg beim Unterrichtsvolumen fällt vermutlich deshalb geringer aus, weil der Anteil der Unterrichtseinheiten mit höherem Honoraraufwand (v.a. DaZ/DaF) gestiegen ist.

zent steigern. Knapp 400.000 € entfielen auf zusätzliche Honorarausgaben aus „Landesmitteln“, jeweils etwa 525.000 € auf Ausgaben aus Fremdmittel-einnahmen und zweckgebundenen Entgelteinnahmen.

Eine positive Entwicklung bei Honoraren aus *Landesmitteln* gab es nicht in allen Bezirken. Vier Volkshochschulen konnten 2006 weniger Landesmittel für Honorarzah-lungen einsetzen als 2005; in diesen Bezirken stagnierte das Unterrichtsvolumen oder ging zurück³⁴.

Bei Honoraren aus *Fremdmitteln und Zuwendungen* konnte der Höchststand des Jahres 2002 nicht wieder erreicht werden. Wichtigste Ursache dafür ist die Umstellung der Sprachförderung des Bundes von der Kursförderung auf eine Teilnehmerförderung (nicht alle Teilnehmer/-innen an Integrationskursen werden gefördert, und nicht alle geförderten Teilnehmer/-innen werden mit dem vollen Stundensatz gefördert³⁵). Der Rückgang des Unterrichtsvolumens bei Sprach-integrationskursen, der im Zuge der Umstellung der Förderung anfangs eingetreten war (2002/2003: -9 %), konnte inzwischen vollständig aufgefangen werden: das Unterrichtsvolumen 2006 lag um 14 Prozent über dem Volumen von 2002. Wesentlichen Anteil daran haben die zusätzlichen Mittel, die das Land zur Ausweitung der „Mütter-/Elternkurse“ zur Verfügung gestellt hat³⁶.

Die Bedeutung der *zweckgebundenen Entgelte* ist stark gestiegen. Die Volkshochschulen ver-wenden zum einen *Entgeltzuschläge* zweckgebunden für Sachausgaben zur Ausstattung der Kurse und der Unterrichtsräume, zum anderen führen sie Teile ihres Programms „entgelt-finanziert“ durch: in den meisten Bezirken bestehen, um eine Ausweitung des VHS-Programms zu ermöglichen, Vereinbarungen über „entgeltfinanzierte“ Programmteile; die Honorarausgaben für diese Lehrveranstaltungen werden aus zweckgebundenen Entgelteinnahmen finanziert³⁷. Ein erheblicher Teil der zweckgebundenen Teilnahmeentgelte wird jedoch aufgrund der oben be-schriebenen Umstellung der Sprachförderung eingenommen und für die Zahlung der Honorare von Integrationskursleitenden verwendet³⁸.

³⁴ Lichtenberg: Ausgaben für Honorare aus Landesmitteln -100.000 €, Unterrichtsvolumen -5,4 %; Marzahn-Hellersdorf: -6.000 € / +1,5 %; Reinickendorf: -26.000 € / +1,6 %; Spandau: -70.000 € / +1,7 %.

In zwei Bezirken, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf, lag das *Haushalts-Ist* bei Honoraren aus Landesmitteln in allen Jahren seit 2001 wesentlich unter dem Ansatz; die nominell bereitgestellten Mittel standen den Einrichtungen demnach entweder nicht in voller Höhe zu Verfügung oder konnten von ihnen nicht ausgeschöpft werden. Für Spandau trifft dasselbe auf die Jahre 2005 und 2006 zu.

³⁵ Von einer Teilgruppe der Integrationsteilnehmer/-innen wird nach den Vorgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge eine Entgeltzahlung gefordert, um die der Fördersatz des Bundesamtes reduziert wird. Diese Einnahmen der Volkshochschulen erscheinen in der Haushaltsrechnung als zweckgebundene Entgelteinnahmen.

³⁶ Die Bezirke Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg erhielten für 2005 im Wege der Haushaltswirtschaft zusätzlich insgesamt 237.000 €. Für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 erhielten die genannten Bezirke und Friedrichshain-Kreuzberg zusammen je-weils 650.000 €.

³⁷ Diese „Umweglösung“ zur Programmausweitung ist jedoch nach den Regeln der Aufstellung der Bezirkshaushalte auf der Basis von Globalsummen nicht erforderlich: die Bezirke wären nicht daran gehindert, zur Programmausweitung den allgemeinen Honorartitel der VHS höher auszustatten und in gleicher Höhe auf dem korrespondierenden Einnahmetitel zusätzliche Entgelt-einnahmen vorzusehen. Der angemessene Ort für Festlegungen dieser Art nach vorheriger Aushandlung wäre die Zielverein-barung der Einrichtung mit dem Bezirk. Ein solches Vorgehen würde den Volkshochschulen einen größeren betriebswirtschaft-lichen Handlungsspielraum eröffnen.

³⁸ Etwa die Hälfte des Anstiegs der für Honorarzah-lungen zweckgebundenen Entgelteinnahmen seit 2002 entfällt auf den „BAMF-Euro“, den die Teilnehmer/-innen von Integrationskursen gemäß Integrationskurs-Verordnung zahlen.

3.2 Finanzausstattung II: Gesamtfinanzierung

Einen Überblick über die Gesamtfinanzierung gibt die VHS-Statistik, in die außer Haushaltsdaten des Kapitels Volkshochschule³⁹ gegebenenfalls auch Daten anderer Kapitel sowie der Kosten- und Leistungsrechnung eingehen. Die VHS-Statistik weist die *Landesförderung* als errechnete Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben aus⁴⁰.

Gesamtfinanzierung 2006

	Betrag (in 1.000 €)	Anteil
Teilnahmeentgelte	9.037,3	30,7 %
akquirierte Mittel (Bund, Arbeitsverwaltung, EU)	2.767,4	9,4 %
sonstige Einnahmen	700,6	2,4 %
Land Berlin	16.914,8	57,5 %
Einnahmen / Ausgaben gesamt	29.420,0 ⁴¹	

Die Gesamtausgaben der Volkshochschulen sind zu 42,5 Prozent aus Einnahmen gedeckt⁴². Die Einnahmen aus *Teilnahmeentgelten* sind im Berichtszeitraum trotz deutlich gesunkener Teilnehmerzahlen noch leicht gestiegen. Aus dem Anstieg der Entgeltsumme und dem Rückgang der Belegungen ergibt sich eine erheblich höhere durchschnittliche Belastung der Teilnehmenden. Der Anstieg der durchschnittlich geforderten Entgelte je Unterrichtseinheit kann mit den vorhandenen statistischen Daten nicht exakt berechnet werden⁴³. Erkennbar ist eine Anhebung der Entgelte um etwa fünf Prozent in vier Jahren. Einen erheblichen Anteil daran hat die Verdoppelung des Entgelts für Kurse im Bereich Deutsch als Zweit-/Fremdsprache, die im Zuge der Umstellung der Bundesförderung (siehe unten) vorgabengemäß erfolgte⁴⁴.

Entwicklung der Einnahmen aus Teilnahmeentgelten

	2002	2006	Veränderung
Teilnahmeentgelte ges. (in 1.000 €)	8.735,9 ⁴⁵	9.037,3	+3,5 %
zum Vergleich: Teilnahmefälle (Belegungen ges.)	ca. 242.350 ⁴⁶	221.703	-8,5 %

³⁹ In Bezirken mit ZBW nach SchulG an der VHS vermindert um die ZBW-Ausgaben.

⁴⁰ Tabellen 4 und 5 enthalten Angaben zur Gesamtfinanzierung auf Bezirksebene.

⁴¹ Gesamtbetrag der *Einnahmen* gegenüber den Angaben in der VHS-Statistik korrigiert (von den Ausgaben abweichende Einnahmeheträge für Neukölln, Reinickendorf und Spandau). Um den gleichen Betrag ändert sich auch die *Landesförderung*.

⁴² Deckung der *Honorarausgaben* aus Einnahmen zu 85 Prozent, aus Entgelteinnahmen zu 62 Prozent. Dieser Durchschnittswert berücksichtigt auch die ermäßigt oder entgeltfrei angebotenen Veranstaltungen. Die Entgelteinnahmen aus den zum vollen Entgelt angebotenen Veranstaltungen decken mit hoher Wahrscheinlichkeit im Berliner Durchschnitt die Honorarausgaben zu 100 Prozent.

⁴³ Die Entgelthanweisung VHS der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport gibt gemäß VGG Entgeltsätze nur mehr in Bandbreiten vor, innerhalb deren die Bezirke die Entgelte festlegen können. Der „Basiswert“ von 1,84 € je UE wird im nicht ermäßigt angebotenen Programm im Berliner Durchschnitt deutlich überschritten, der genaue Betrag ist jedoch nicht ermittelbar.

⁴⁴ Bei den Entgelthanhebungen sind auch die Auswirkungen der *Einnahmenvorgaben* zu beachten, die in den Jahren bis 2005 trotz zurückgehender Kurs- und Teilnehmerzahlen unverändert blieben. Der Rückgang der Belegungen pro Kurs, der durch den Anstieg der Entgelte mitverursacht sein könnte, verschärft den Zwang zur Anhebung, weil mit weniger Teilnehmenden die gleiche Entgeltsumme erzielt werden soll. Die Einnahmenvorgaben für 2006 scheinen dem erstmals Rechnung zu tragen (Ansätze der Einnahmetitel um 3,5 % niedriger als 2005).

⁴⁵ Korrigierter Wert. In den Zahlen der VHS-Statistik 2002 waren die zweckgebundenen Entgelteinnahmen bei den meisten Bezirken nicht enthalten.

⁴⁶ Siehe Anm. 11.

Trotz des größeren Unterrichtsvolumens und höherer Teilnehmezahlen liegen die Entgelteinnahmen 2006 nicht höher als 2005 (-0,1 %) ⁴⁷. Die Entwicklung ist uneinheitlich (Anstieg in vier, Rückgang in drei Bezirken, ansonsten gleichbleibend) und mit den verfügbaren statistischen Daten nicht aufzuklären.

Einnahmen aus Fremdmitteln und Zuwendungen 2006
(in Klammern: Zahlen von 2002)

	Betrag (in 1.000 €)	Anteil
Förderung der sprachlichen Integration (Bund)	2.008,4 (2.365,4)	73 %
Qualifizierungsmaßnahmen im Auftrag der Arbeitsverwaltung (SGB III)	451,8 (601,0)	16 %
sonstige Bundesmittel	42,8 (87,8)	2 %
EU-Mittel	264,4 (110,8)	10 %
gesamt	2.767,4 (3.164,9)	

Die Einnahmen der Volkshochschulen aus *Fremdmitteln und Zuwendungen* erreichten 2002 mit fast 3,2 Mio. € ihr bisher größtes Volumen, 2006 waren es etwa 400.000 € weniger ⁴⁸. Die Differenz ist — bei Schwankungen in den übrigen Bereichen ⁴⁹ — vor allem durch den niedrigeren Gesamtbetrag der Förderung der sprachlichen Integration aus Bundesmitteln verursacht. Nachdem die Förderung im Zuge der Umstellung des Fördersystems ⁵⁰ bis 2005 auf etwa 60 Prozent des früheren Höchstwerts zurückgegangen war, haben die Volkshochschulen mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ⁵¹ sehr erfolgreich die Rückgewinnung der Bundesmittel betrieben. 2006 erreichten sie bereits wieder 85 Prozent des Fördervolumens von 2002.

Zu den Mittelgebern wäre auch das *Land Berlin* zu zählen, wenn es Mittel für Sonderprogramme quasi zweckgebunden zur Verfügung stellt, wie es seit 2005 der Fall ist, als die Mittel für „Mütter-/Elternkurse“ aufgestockt wurden ⁵². Diese Mittel werden haushaltssystematisch nicht gesondert ausgewiesen (für 2008 ist die Einführung eines eigenen Produkts für diese Kurse geplant).

Der *Landesanteil an der Gesamtfinanzierung* der Volkshochschulen lässt sich als Betrag errechnen, indem die Einnahmen (Teilnahmeentgelte, Fremdmittel und sonstige Einnahmen) von den Ausgaben abgezogen werden. Für 2006 ergibt sich so ein Landesanteil von 57,5 Prozent (16,9 Mio. €). Ein Vergleich mit den Vorjahren ist schwierig, weil die Erfassung der Kosten der

⁴⁷ Entgelteinnahmen 2005: rund 9.048.500 € (korrigierter Wert).

⁴⁸ Für die einzelnen Volkshochschulen sind Fremdmittel von sehr unterschiedlicher Bedeutung: die größten Volkshochschulen Mitte und Neukölln erzielen daraus 35 bzw. 41 Prozent ihrer Einnahmen, der Durchschnittswert liegt bei 16 Prozent.

⁴⁹ Einen erheblichen Rückgang gab es auch bei den SGB III-Mitteln der Arbeitsverwaltung: die Bundesagentur für Arbeit hat ihr Fördervolumen für Weiterbildung stark gekürzt, außerdem werden inzwischen fast alle Maßnahmen ausgeschrieben. Dadurch wurden kommunale Volkshochschulen vom SGB III-Bereich weitgehend ausgeschlossen, weil sie aus vergaberechtlichen Gründen an Ausschreibungen nicht teilnehmen dürfen.

⁵⁰ Die frühere Kursförderung war vom Ansatz her eine Vollfinanzierung, die jetzige Teilnehmerförderung ist eine Teilfinanzierung; hinzu kommen Teilnehmerbeiträge, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verbindlich vorschreibt (siehe auch Anm. 35).

⁵¹ Insbesondere Akquise von Projektmitteln (Näheres dazu unter 4.6).

⁵² Bezogen auf die *Gesamtausgaben* der Volkshochschulen zur sprachlichen Integration, die entsprechend dem Anteil am Unterrichtsvolumen mit mindestens 10 Mio. € angesetzt werden müssen, deckt die Bundesförderung etwa 20 Prozent, die übrigen Ausgaben tragen das Land und (mit kleinen Anteilen) die Teilnehmenden und die EU.

Gebäudebewirtschaftung (aus der Kosten- und Leistungsrechnung stammend) in der Statistik bisher teilweise unvollständig war. Die Werte, mit denen die Gebäudebewirtschaftung in die VHS-Statistik früherer Jahre einging, sind bei weitem zu niedrig.

Landesanteil an der Gesamtfinanzierung

	2002 (in 1.000 €)	2006 (in 1.000 €)	Veränderung
VHS-Ausgaben ohne Gebäudeausgaben	24.239,6 ⁵³	25.223,3	+4,1 %
VHS-Einnahmen	12.433,7	12.505,2	+0,6 %
Landesanteil ohne Gebäudebewirtschaftung	11.805,9	12.718,1	+7,7 %

Lässt man die 2002 nur unvollständig erfassten Gebäudeausgaben unberücksichtigt, zeigt sich ein Anstieg der Gesamtausgaben der Volkshochschulen um 984.000 €, dabei nahm der Landesanteil um 913.000 € zu, die Einnahmen der Volkshochschulen stiegen um etwas mehr als 70.000 €⁵⁴. Bei Ansatz realistischer Gebäudeausgaben für 2002 (in annähernd gleicher Höhe wie 2006) zeigt sich ein *Anstieg des Landesanteils* an der Gesamtfinanzierung der Volkshochschulen („Landeszuschuss“) seit 2002 um etwa sechs Prozent.

Die *Ausgaben je Einwohner/-in* betragen im Jahr 2006 8,67 €, der Landesanteil daran (Zuschuss pro Kopf) lag bei 4,98 €. Die Vergleichszahlen aus anderen Großstädten liegen deutlich höher (siehe dazu *Teil 5.2*). Die *Ausgaben je Unterrichtseinheit* (UE in Kursen) betragen im Berliner Durchschnitt 52,41 €⁵⁵.

3.3 Personalausstattung

An den Berliner Volkshochschulen arbeiten pädagogisch planende und Verwaltungsmitarbeiter/-innen. An der pädagogischen Planung, Aufgabe der hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter/innen (HPM), sind auch die Leiterinnen und Leiter der Einrichtungen beteiligt. Nur in Ausnahmefällen sind befristet Festangestellte (in Projekten) lehrend tätig; den Unterricht bestreiten fast vollständig freiberufliche und nebenberufliche Lehrkräfte.

In den Bereichen Leitung, Planung und Verwaltung lag der Personalstand im Jahr 2006 bei 170,7 besetzten Stellen, die durchschnittliche Ausstattungsgröße betrug 14,2 Stellen. Die Personalausstattung ist rückläufig; seit 2000, dem Jahr vor der Gebietsreform, ging der Ist-Stand um 24 Prozent zurück⁵⁶.

⁵³ Korrigierter Wert. Die Zahlen der VHS-Statistik 2002 enthielten bei den meisten Bezirken keine Ausgaben für Honorarzahungen aus zweckgebundenen Entgelteinnahmen (vgl. Anm. 45).

⁵⁴ Rückgang der Fremdmittel um 400.000 €, Anstieg der Teilnahmeentgelte um 300.000 € und der sonstigen Einnahmen um 170.000 €.

⁵⁵ Für Kostenvergleiche zwischen den Bezirken wird auf die Daten der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) verwiesen, die aufschlussreicher als die vergleichsweise groben Angaben zur Gesamtfinanzierung sind. Die KLR ist detaillierter, berücksichtigt (vor allem über die Umlagen) auch kameral nicht erfasste Positionen und auf der Leistungsseite über Produktdefinition und Umrechnungsfaktoren auch Leistungen der Volkshochschulen, die keine Unterrichtseinheiten sind (Prüfungen, obligatorische Beratung, sozialpädagogische Betreuung, Kinderbeaufsichtigung). - Überregionale Vergleiche sind weiterhin nur mit kameralen Daten möglich, weil die unterschiedlichen Verfahren der Kostenrechnung keine kompatiblen Daten liefern. Vor allem die Berliner Verfahrensweise, *alle* kommunalen Kosten, auch die der allgemeinen Verwaltung, den kommunalen Produkten zuzuordnen, hat andernorts keine Entsprechung.

⁵⁶ Im Zuge der Gebietsreform sollten an den Volkshochschulen insgesamt 33 Stellen (15 % des Gesamtbestands) in „Leitungsbereichen“ wegfallen. Durch diese Vorgabe verloren die Volkshochschulen in geringerem Umfang PlanungsKapazität (VHS-Leiterstellen) und in erheblichem Umfang SachbearbeitungsKapazität im Verwaltungsbereich (Geschäftsführung und stellv. Geschäftsführung). Der geforderte Stellenabbau ist dem Gesamtbestand nach bis 2003 realisiert worden.

Entwicklung der Personalausstattung, absolut
(planendes und verwaltendes Personal)

	2000	2006	Veränderung
VHS-Leiter/-innen	23	12	<i>fusionsbedingt</i>
päd. planende Mitarbeiter/-innen (HPM)	87,8	68,6	-22 %
päd. planendes Personal ges. (HPM u. Leitung)	110,8	80,6	-27 %
Verwaltungsmitarbeiter/-innen	112,8	90,1	-20 %
Personal ges.	223,6	170,7	-24 %
durchschnittliche Personalausstattung bei 12 VHS	18,6 ⁵⁷	14,2	-24 %

Die Personalausstattung je Volkshochschule reicht von 10 Stellen bis zu 23,1 Stellen, damit sind die Berliner Volkshochschulen (trotz Gebietsreform) für großstädtische Verhältnisse noch immer sehr kleine Einrichtungen (Näheres dazu siehe *Teil 5.4, Betriebsgrößen*)⁵⁸. Der Rückgang des Personalbestands hat zu einer erheblichen Mehrbelastung der verbliebenen Beschäftigten geführt⁵⁹. Zu weiteren Kapazitätsverlusten für die Einrichtungen kam es, wenn VHS-Leiter/-innen zusätzlich die Aufgabe der LuV-Leitung zu übernehmen hatten.

Entwicklung der Personalausstattung, volumenbezogen
(planendes und verwaltendes Personal)

	2000	2006	Veränderung
Veranstalt. je Verwaltungsmitarb.	156	193	+24 %
UE je päd. Mitarbeiter/-in	6.073	8.244	+36 %
Teiln. je Mitarbeiter/-in gesamt	1.267	1.397	+10 %

Die Volkshochschulen beschäftigen rund 3.000 frei- und nebenberufliche *Kursleiter/-innen*, mit denen Honorarverträge abgeschlossen werden. Etwa 20 Prozent von ihnen, knapp 600 Personen, arbeiten mit hohem Stundenvolumen und haben arbeitnehmerähnlichen Status⁶⁰. Gemäß Honoraranweisung⁶¹ haben diese Lehrkräfte Anspruch auf Zahlung eines Zuschlags zum Honorar zur teilweisen Deckung nachgewiesener Renten- und Krankenversicherungskosten sowie nach Bundesurlaubsgesetz Anspruch auf finanzielle Abgeltung des Mindesturlaubs.

Das Unterrichtsvolumen der arbeitnehmerähnlichen Kursleiter/-innen erreicht mindestens fünfzig Prozent des Gesamtumfangs des VHS-Programms; das Kursangebot zur Sprachintegration wird nahezu vollständig durch sie abgedeckt. Für die Volkshochschulen ist diese Gruppe wegen ihrer Professionalität und ihres hohen Engagements für die VHS als Bildungseinrichtung von großer Bedeutung. Alle Versuche, mit Blick vor allem auf diese Kursleiter/-innen (die mit der

⁵⁷ Durchschnitt bei 23 Volkshochschulen: 9,7 Stellen.

⁵⁸ **Tabelle 6** enthält Angaben zu den einzelnen Volkshochschulen.

⁵⁹ Der Rückgang entspricht in etwa der durchschnittlichen jährlichen Einsparquote von 5 Prozent für die Berliner Verwaltung insgesamt. Zu beachten ist allerdings, dass die Berliner Volkshochschulen ohnehin unterdurchschnittlich ausgestattet waren (Zahlen zum überregionalen Vergleich siehe unter 5.3).

⁶⁰ Arbeitnehmerähnlichkeit besteht, kurz zusammengefasst, bei wirtschaftlicher Abhängigkeit eines freiberuflich Tätigen und persönlich Dienstleistenden von einem einzelnen Auftraggeber.

⁶¹ Siehe Anm. 3.

Arbeit an der VHS ihren Lebensunterhalt überwiegend oder gänzlich bestreiten) die Höhe der seit 1993 unveränderten VHS-Honorare an die allgemeine Einkommensentwicklung zu binden, blieben bisher ergebnislos. Hier besteht dringender Handlungsbedarf⁶².

3.4 Ausstattung mit Unterrichtsräumen

Nur noch knapp fünfzig Prozent aller VHS-Veranstaltungen finden in der traditionellen Form als Abendkurs mit einem oder mehreren Terminen pro Woche statt. Für gut die Hälfte ihrer Lehrveranstaltungen brauchen die Volkshochschulen Unterrichtsräume, die *tagsüber* genutzt werden können und auch am *Wochenende* verfügbar sind. Alle Berliner Volkshochschulen haben, bereitgestellt von den Bezirken, ein oder mehrere Gebäude mit Unterrichtsräumen, über die sie uneingeschränkt verfügen können. Diese „VHS-Häuser“ und „Lehrstätten“ sind in der Regel für das Lernen Erwachsener angemessen eingerichtet; bei den von Volkshochschulen mitgenutzten Räumen vor allem in Schulen ist das oft nicht der Fall. Um ihr Programm möglichst wohnortnah anbieten zu können, sind die Volkshochschulen auch bei guter Ausstattung mit eigenen Räumen auf die Mitnutzung weiterer, dezentral gelegener Unterrichtsräume angewiesen.

Die Ausstattung der Volkshochschulen mit eigenen Unterrichtsräumen deckt den Bedarf in den meisten Bezirken nicht⁶³. Um das derzeitige Unterrichtsangebot räumlich und zeitlich optimal gestalten zu können, wären rund 160 VHS-eigene Räume zusätzlich erforderlich, für die angestrebte Weiterbildungsdichte 200 würden in den noch unter dem Zielwert liegenden Bezirken weitere 130 Räume benötigt⁶⁴.

Für Teile des Programms der Volkshochschulen bestehen bessere Chancen auf Durchführung, wenn sie gemeinsam und nur einmal in Berlin angeboten werden⁶⁵. Den Volkshochschulen fehlt dafür ein Gebäude in möglichst zentraler Lage zur gemeinsamen Nutzung. Ein Beispiel bietet die Münchner Volkshochschule als Hauptmieterin des Kulturzentrums „Gasteig“ in der Münchner Innenstadt. Ein entsprechendes gemeinsames Angebot an prominenter Stelle würde die gesamtstädtische Präsenz der Berliner Volkshochschulen erheblich verbessern.

4. Qualitätsentwicklung: Zertifizierung, Kooperation, Entwicklungsschwerpunkte

4.1 Qualitätsentwicklung im Weiterbildungsbereich

Der Bildungsbereich Weiterbildung, dessen Einrichtungen seit jeher im Wettbewerb stehen und stets um Mittel und Teilnehmer/-innen werben müssen, hat frühzeitig begonnen, die Qualitätsentwicklung zu systematisieren. Die Berliner Volkshochschulen haben gemeinsam beschlossen, das Verfahren der „Lernerorientierten Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung“ (LQW) anzuwenden. Entstanden aus einer Initiative von Volkshochschul-Landesverbänden, wurde dieses Verfahren in zwei vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Modellprojekten entwickelt und eingeführt. Es wird von rund 700 Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland und Österreich angewandt und ist damit das meistgenutzte Verfahren im Bereich der Weiterbildung.

Die Abteilung Weiterbildung der damaligen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport war in der Funktion eines Landesverbands der Volkshochschulen an der LQW-Entwicklung und

⁶² Das Standardhonorar der Volkshochschulen liegt seit 1993 bei 21,50 € pro Unterrichtseinheit (in geringer honorierten Programmteilen bei maximal 19,00 €). Der Einkommensverlust von 1993 bis 2005 durch die Preisentwicklung beträgt mehr als 20 Prozent.

⁶³ **Tabelle 3** enthält Angaben zur Raumsituation in den einzelnen Bezirken.

⁶⁴ Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstellt in ihrer standardisierten Raumbedarfsermittlung, dass in einem uneingeschränkt verfügbaren Raum rechnerisch 1.000 Unterrichtseinheiten pro Jahr durchgeführt werden können. *In Verbindung mit der Mitnutzung anderer Räume* wird deshalb ein VHS-eigener Unterrichtsraum pro 1.000 Unterrichtseinheiten als ausreichend angesehen. Im konkreten Fall kann der Bedarf an VHS-eigenen Räumen auch höher liegen.

⁶⁵ Das können Kurse in weniger nachgefragten „kleinen“ Sprachen sein, Angebote für sehr weit Fortgeschrittene in verschiedenen Programmbereichen, Kurse mit einer besonderen Zeitstruktur, größere Einzelveranstaltungen und andere spezielle Angebote.

in ministerieller Funktion im Rahmen der Bund-Länder-Konferenz für Bildungsplanung an der Steuerung des Modellprojekts zur Einführung des Verfahrens beteiligt. Der Qualitätsentwicklungsprozeß nach LQW wird im *Teil 4.3* näher beschrieben.

4.2 Qualitätsanforderungen laut Schulgesetz, VGG und Berliner Produktkatalog

Das *Schulgesetz* vom 26.1.2004 verpflichtet die Volkshochschulen (§ 123 Abs. 6), „geeignete Verfahren“ der Qualitätssicherung anzuwenden und regelmäßige Selbstevaluationen durchzuführen⁶⁶. Unabhängig davon schreibt das *Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz* mit dem „Kundenmonitor“ die Anwendung eines Evaluationsinstruments vor, und bei der Definition von Produkten für den Berliner *Produktkatalog* müssen Qualitätsindikatoren benannt werden. Die Volkshochschulen haben diese Anforderungen zusammengeführt: die Ergebnisse der Teilnehmerbefragung (Kundenmonitor) werden für das produktbezogene Qualitätsziel „Kundenzufriedenheit“ genutzt, das Erreichen des Qualitätsziels „Gewährleistung eines bundesweit vergleichbar definierten, geprüften und durch externe Begutachtung überwachten Qualitätsniveaus“ wird durch die LQW-Testierung nachgewiesen⁶⁷.

Das Schulgesetz enthält neben der Pflicht zur Qualitätssicherung eine Reihe weiterer qualitätsrelevanter Anforderungen, die vor allem *Bildungsziele* auf der Ebene des Gesamtprogramms und der einzelnen Veranstaltungen betreffen. Diese Bildungsziele sollten sich, in bezirksspezifischer Ausprägung, in den Zielvereinbarungen der Volkshochschulen mit den fachlich und politisch Verantwortlichen und im *Leitbild* der Einrichtungen wiederfinden. Über die Aufnahme der Bildungsziele in das Leitbild kann im Rahmen der Qualitätsentwicklung und -testierung auch geprüft werden, wie die Volkshochschulen diese zu erreichen suchen.

4.3 Qualitätstestierung nach LQW

Die „Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung“ ist ein *Qualitätsentwicklungsverfahren*, das durch eine Zertifizierung des Prozesses, *Testierung* genannt, abgeschlossen wird. Von zwölf Berliner Volkshochschulen haben (Stand: April 2008) elf den Qualitätsentwicklungsprozess durchlaufen und mit der *Testierung* abgeschlossen; die Volkshochschule Marzahn-Hellersdorf befindet sich noch im Verfahren⁶⁸.

Im LQW-Verfahren steht die „Qualität der Organisation der Bedingungen von Bildung“⁶⁹ im Mittelpunkt der Betrachtung. Voraussetzung für die Qualitätsentwicklung ist, dass die Einrichtung ihre Bildungsziele und die intendierten Lernergebnisse beschreibt („Definition gelungenen Lernens“) und ihre Handlungen darauf bezieht. Das Verfahren besteht aus einem systematischen Qualitätsentwicklungsprozess mit definierten Anforderungen in elf „Qualitätsbereichen“, einer Beschreibung des Prozesses und seiner Ergebnisse durch die Einrichtung („Selbstreport“), der Begutachtung durch von der Zertifizierungsagentur ausgewählte externe Sachverständige anhand des Selbstreports und einer persönlichen Prüfung vor Ort („Visitation“). In einem Abschlussworkshop werden Entwicklungsziele für den Zeitraum bis zur nächsten Begutachtung („Retestierung“) vereinbart.

⁶⁶ Näheres zu den Qualitätssicherungsverfahren und -Nachweisen kann die zuständige Senatsverwaltung durch Rechtsverordnung regeln (§ 123 Abs. 8 SchulG). Aufgrund der im weiteren beschriebenen Einigung über die verbindliche Aufnahme der Testierung nach LQW in die Produktbeschreibungen war das nicht erforderlich.

⁶⁷ Weitere produktbezogene Qualitätsziele sind „bedarfsgerechte Planung“ (Nachweis über die Durchführungsquote der geplanten Veranstaltungen) und „erfolgreicher Unterricht“ (Nachweis über die Prüfungserfolgsquote, nur anwendbar bei abschlussorientierten Veranstaltungen). Die produktbezogenen Qualitätsziele sollen gemäß Budgetierungskonzept zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen eines berlinweiten Qualitäts-Controllings budgetwirksam werden: für jeden Qualitätsindikator wurden Kennzahlen festgelegt; die Frage, ob diese in einem Bezirk erreicht worden sind, soll künftig bei der Festlegung der Produktbudgets berücksichtigt werden.

⁶⁸ Grundlage aller Testierungen von Berliner Volkshochschulen war die Modellversion 2. Inzwischen ist die überarbeitete Version 3 veröffentlicht; sie wird Grundlage der *Retestierungen* der Berliner Volkshochschulen sein. Die Anforderungen, die in den Qualitätsbereichen zu erfüllen sind, können unter www.artset-lqw.de eingesehen werden.

⁶⁹ Zitat aus dem LQW-Leitfaden. Die „Qualität der Bildung“ kann danach von Bildungseinrichtungen nur befördert, aber — da Bildung ein selbstgesteuerter Prozess der Lernenden ist — nicht direkt „hergestellt“ werden.

Das Testat gilt für vier Jahre. Mit der obligatorischen Festlegung „strategischer Entwicklungsziele“ wird der Anspruch unterstrichen, dass der Qualitätsentwicklungsprozess in dieser Zeit fortgeführt wird. Bestandteil der Retestierung, die im übrigen formal wie eine Ersttestierung abläuft, ist auch die Überprüfung dessen, was die Einrichtung unternommen hat, um die vereinbarten Entwicklungsziele zu erreichen. Die Qualitätsentwicklung wird so einerseits ein dauerhafter Prozess, andererseits erhält sie durch die Formulierung *strategischer Ziele* eine dynamische Komponente, die einem statischen Qualitäts- und Aufgabenverständnis entgegenwirkt und den Einrichtungen hilft, neue Anforderungen frühzeitig in den Blick zu nehmen und mitzugestalten.

Der ausgeprägt reflexive Charakter der Qualitätsentwicklung nach LQW ist eine Stärke des Verfahrens; er erfordert allerdings die gedankliche Beteiligung nicht nur der im Prozess unmittelbar Agierenden, sondern auch der „Einrichtungsumwelt“, vor allem der die Einrichtung steuernden Personen und Gremien. Die Teilnahme der fachlich und politisch Verantwortlichen an einzelnen Verfahrensschritten (zum Beispiel an den Einführungs- und Abschlussworkshops) kann ein wichtiger Beitrag zu einem erfolgreichen Entwicklungsprozess sein.

Das Referat Weiterbildung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung fördert die Qualitätsentwicklung der Volkshochschulen durch Veranstaltungen zur Qualifizierung und Fortbildung der Qualitätsbeauftragten der Einrichtungen. Jährliche Workshops für die Zielgruppe dienen der Unterstützung auch des Verfahrens der Retestierung.

4.4 Fachbezogene Qualitätsnachweise

Alle Berliner Volkshochschulen sind vom *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) als Träger für die Durchführung von Integrationskursen anerkannt worden. Dafür waren umfangreiche Qualitätsanforderungen zu erfüllen, die die verwendeten Curricula, die Qualifikation des Lehrpersonals und die Ausstattung der Einrichtung betreffen. Die Berliner Volkshochschulen beteiligten sich an der Entwicklung eines gemeinsamen VHS-Curriculums für Integrationskurse durch den Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) und entwickelten selbst ein vom BAMF anerkanntes Konzept der Kursleiter-Qualifikation.

Weiterbildungseinrichtungen, die Maßnahmen der *Bundesagentur für Arbeit* nach SGB III durchführen wollen, müssen ein anerkanntes Verfahren der Qualitätssicherung anwenden und sich nach der „Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung“ (AZWV) zertifizieren lassen. Derzeit ist ein Teilbereich der VHS Mitte zertifiziert⁷⁰; weitere Volkshochschulen sind bisher nicht im förmlichen Verfahren, haben aber LQW mit dem speziell entwickelten Zusatzmodul für arbeitsmarktbezogene berufliche Weiterbildung durchlaufen.

Die Berliner Volkshochschulen gehören dem überregionalen *VHS-Qualitätsring Gesundheit* an und haben sich damit auf die Einhaltung fachlicher Standards in der Gesundheitsbildung verpflichtet. Für Angebote der „Primärprävention“⁷¹ bestehen Vereinbarungen mit den *gesetzlichen Krankenkassen* über eine teilweise Erstattung der Kursentgelte durch die Kassen. Hierfür sind fachliche Anforderungen an Kurskonzepte und Kursleiterqualifikationen festgelegt.

Im Fremdsprachenbereich und in Teilbereichen der beruflichen Bildung sichern die Volkshochschulen die Qualität ihres Angebots auch über die Orientierung des Programms an bundes- und europaweit anerkannten Abschlüssen (Näheres dazu siehe unter 2.3).

⁷⁰ „Institut für Schauspiel“ (Weiterbildung für Schauspiel- und Medienberufe im Auftrag der BA).

⁷¹ Gemäß § 20 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches V (SGB V).

4.5 Organisatorische Zusammenarbeit der Volkshochschulen

Zu den qualitätsrelevanten Entwicklungen gehört die Intensivierung der überbezirklichen fachlichen und organisatorischen Zusammenarbeit der Volkshochschulen seit Ende der 90er Jahre:

- Im Jahr 2001 wurde unter Projektleitung der Abteilung Weiterbildung der damaligen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport das Datenbankprogramm „Information Manager“ als *gemeinsames EDV-Verwaltungsprogramm* für die Volkshochschulen und den Bereich Kursleiterfortbildung der Senatsverwaltung eingeführt. Die meisten Verwaltungsvorgänge konnten einbezogen und teilautomatisiert werden. Darüber hinaus reduziert die Nutzung des gemeinsamen Datenbestandes den Mehrfachaufwand vor allem bei personenbezogenen (Teilnehmende und Kursleitende betreffenden) Verwaltungsvorgängen. Für die Nutzerinnen und Nutzer der Volkshochschulen liegt der Hauptvorteil in der vereinfachten Kursrecherche und Kursbuchung, beides ist berlinweit schnell und problemlos auch über das Internet möglich.
- Aufbauend auf dem gemeinsamen Datenbestand wurde (zusätzlich zum Internetauftritt der einzelnen Volkshochschulen) ein *Internetportal der Berliner Volkshochschulen* entwickelt, das seit Dezember 2006 geschaltet ist (www.vhs.berlin.de). Über das Portal ist eine stichwortgestützte Kursrecherche in der Datenbank möglich; Kurse können *online* gebucht werden. Darüber hinaus bietet das Portal umfangreiche themenbezogene Erläuterungen und Service-Informationen.
- Schrittweise wird ein *gemeinsamer Marktauftritt* der Volkshochschulen realisiert. Die Programme erscheinen inzwischen fast überall in einheitlichem Außenlayout und gleichem Format. Die Volkshochschulen gehen gemeinsame Werbepartnerschaften ein⁷², wodurch sie in der Öffentlichkeit deutlich präsenter sind als früher.
- Auch im Prozess der Qualitätsentwicklung und -testierung selbst haben die Volkshochschulen zusammengearbeitet. Die *Arbeitsgruppe der Qualitätsbeauftragten* bereitet derzeit die Retestierung der Einrichtungen vor.

4.6 Fachliche Zusammenarbeit der Volkshochschulen, Vernetzung mit anderen Bildungseinrichtungen

Mit ihrer Programmentwicklung engagieren die Volkshochschulen sich gemeinsam in wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben- und Problemfeldern. Die dafür erforderliche enge fachliche Zusammenarbeit betrifft die Entwicklung neuer Angebote, deren möglichst flächendeckende Einführung und gegebenenfalls ein gemeinsames Auftreten gegenüber Dritten zur Finanzierung der Angebote. Die Berliner Volkshochschulen haben in den letzten Jahren — mit Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und oft auf deren Initiative hin — in verschiedenen Bereichen ihr Programm ausgebaut und neue Angebote entwickelt, mit denen sie unter anderem auf die demografischen Entwicklungen und die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens reagieren⁷³:

Integration von Migrantinnen und Migranten

- Seit 1999 bieten fünf (nach der Gebietsreform vier) Innenstadtvolkshochschulen Deutschkurse für Migranteneltern an den Schulen und während der Schulzeit ihrer Kinder an (sog. Mütter-/Elternkurse). Ziele der Kurse sind neben dem Spracherwerb die Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus und bessere Möglichkeiten der Eltern, den Lernprozess ihrer Kinder aktiv zu begleiten. Die Kursleiterinnen werden bei ihrer Arbeit durch abgeordnete Grundschullehrerinnen unterstützt, die besonders den Kontakt zwischen

⁷² Zum Beispiel mit den Berliner Bäder-Betrieben, mit einer Kinogruppe und mit einem Zeitungsverlag.

⁷³ Nähere Informationen zu den meisten Projekten sind unter www.vhs.berlin.de oder unter www.berlin.de/sen/bildungfort_und_weiterbildung zu finden.

Schule, Volkshochschule und Teilnehmenden fördern sollen. Das Angebot wurde ab 2005 mit zusätzlichen Mitteln des Landes deutlich vergrößert⁷⁴, eine Ausweitung auf Kindertagesstätten ist gemäß Koalitionsvereinbarung 2006 - 2011 ab 2008 beabsichtigt.

- Mit Projektmitteln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden für die Teilnehmer/-innen der Mütter-/Elternkurse weiterführende Kurse mit berufsvorbereitendem Charakter bzw. mit besonderer Ausrichtung auf die Unterstützung des schulischen Lernens der Kinder angeboten. Ähnliche Kurse „Deutsch und Berufsvorbereitung“ für Migrantinnen finden an den Innenstadtvolkshochschulen mit ESF-Unterstützung statt; die VHS Tempelhof-Schöneberg hat außerdem Mittel der Arbeitsverwaltung akquirieren können.
- Die Umstellung der Bundesförderung für Sprachintegration erforderte gemeinsame Entwicklungsarbeiten und ein gemeinsames Vorgehen der Berliner Volkshochschulen gegenüber dem BAMF. Die Volkshochschulen sind heute wichtige Partner des BAMF und gemeinsam größter Anbieter von Integrationskursen in Berlin.

Zusammenarbeit mit Schulen

- Im Projekt „Prepared for Future“ arbeiten die Volkshochschulen mit Oberstufenzentren bei der Berufsorientierung und Berufsausbildungsvorbereitung zusammen. Die Teilnehmer/-innen erwerben IT-Kenntnisse, die mit einem „Xpert“-Zertifikat nachgewiesen werden können. Das ESF-finanzierte Programm ist sehr erfolgreich und soll künftig an weitaus mehr Schulen angeboten werden.
- Die VHS Mitte führt ebenfalls mit ESF-Mitteln ein Projekt „Ferienschule“ zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Schulabgängern (vor allem mit Migrationshintergrund) durch. Angeboten werden interessierten, motivierten und begabten Schülerinnen und Schülern Kurse für Sprachen und EDV sowie die entsprechenden Prüfungen.
- Aus ESF-Mitteln gefördert wird auch das Projekt „inter@ktiv Deutsch“ der Volkshochschule Mitte, bei dem Lehrer/-innen und Migrantenern bei der Entwicklung von Lernmaterialien für den Sachkundeunterricht der Grundschule zusammenarbeiten und die Eltern gleichzeitig im Umgang mit dem PC geschult werden.
- Die VHS Charlottenburg-Wilmersdorf führt mit den Hauptschulen des Bezirks ein Pilotprojekt mit dem Ziel des Abschlusses von „Bildungsvereinbarungen“ zwischen Schule und Elternhaus durch, bei dem Eltern Hilfen in Erziehungsfragen und Kurse zur Behebung eigener Kompetenzdefizite angeboten werden.
- Im Rahmen des „Masterplans eEducation“, entwickelt von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, bieten die Volkshochschulen Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer/-innen an. Dabei geht es um die Nutzung von Computer und Internet für den Unterricht und im Unterricht. Die Volkshochschulen setzen für diese Kurse ihre eigene *Lernplattform* im Internet ein. Die Nachfrage nach den Kursen ist hoch.

Nutzung neuer Medien für den Unterricht

- Die Volkshochschulen bieten eigene internetgestützte Kurse („blended learning“ mit individuellen Lernphasen im Netz und Präsenzphasen in der VHS) an. Hierfür wurden eine VHS-Lernplattform eingerichtet und Kursleiter/-innen qualifiziert (u.a. im Rahmen der Kursleiterfortbildung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung).

⁷⁴ Siehe Anmerkung 36.

5. Die Volkshochschulen im überregionalen Vergleich

Die bundeseinheitlich geführte Volkshochschulstatistik, veröffentlicht vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), ermöglicht einen Vergleich der Leistungs- und Finanzzahlen auf *Länder-* und *Bundesebene*. Für den hier vorgenommenen Vergleich auf *Städteebene* liegen Daten über die Volkshochschulen der fünfzehn größten deutschen Städte (einschließlich Berlin)⁷⁵ aus einer Sonderauswertung des DIE für 1996 und 2005 vor. Dadurch wird ein Vergleich möglich, der die Siedlungsstruktur berücksichtigt (urbane Zentren ab ca. 500.000 Einwohner).

Die Beschränkung auf die Volkshochschulen der größten Städte stellt sicher, dass diese nach Aufgabe und Umfeld den Berliner Volkshochschulen ähnlich sind, soweit das in einem *föderal* geregelten Bildungsbereich bei Einrichtungen in überwiegend *kommunaler* Trägerschaft möglich ist. Zahlen für 2006 lagen bei Abfassung des Berichts noch nicht vor. Den Berliner Zahlen für 2006 werden daher im folgenden die großstädtischen Durchschnittswerte von 2005 gegenübergestellt.

5.1 Leistungsvolumen und -profil

Die *Weiterbildungsdichte* (Unterrichtseinheiten je 1.000 Einw.) lag im Durchschnitt der fünfzehn größten deutschen Städte im Jahr 2005 bei 165; die erfolgreichsten Einrichtungen erreichten Werte oberhalb von 250 (München, Frankfurt, Stuttgart). Der Berliner Wert lag 2005 mit 150 deutlich unter dem Durchschnitt; nach der erheblichen Leistungssteigerung im Jahr 2006 liegt der Wert nun ebenfalls bei 165.

Weiterbildungsdichte

größtstädt. Durchschnitt*	Berlin**	Berlin in % des Durchschnitts
165	165	100 %

* 2005 ** 2006

Die *Reichweite* (rechnerischer Anteil der an VHS-Veranstaltungen Teilnehmenden an der Bevölkerung) liegt in Berlin mit 6,0 Prozent deutlich unter dem großstädtischen Gesamtwert von 7,8 Prozent; dies ist eine Folge der geringeren durchschnittlichen Teilnehmerzahl in den Veranstaltungen (12,6 in Berlin, 14,9 im Gesamtdurchschnitt).

Das Leistungsprofil der Volkshochschulen kann über den Anteil der Programmbereiche am Gesamtvolumen und über eine *programmereicherspezifische Weiterbildungsdichte* verglichen werden⁷⁶. Bei einer durchschnittlichen Gesamtweiterbildungsdichte erreichen die Berliner Volkshochschulen im Programmbereich *Sprachen* einen erheblich über dem großstädtischen Durchschnitt liegenden Wert. Hierin zeigt sich der Schwerpunkt, der in Berlin im Integrationsbereich gesetzt wird (Anteil Sprachintegration am Gesamtprogramm: 36,5 %)⁷⁷.

Unter dem Durchschnittswert liegt die Berliner Weiterbildungsdichte im Programmbereich *Gesundheit*, einem der Bereiche, in denen Volkshochschulen gegebenenfalls mehr als die reinen Kurskosten erwirtschaften, mithin Deckungsbeiträge erzielen können. Eine Ausweitung des Programms bei Fremdsprachen, kultureller Bildung und Gesundheitsbildung sowie in Teilbereichen von Arbeit und Beruf könnte daher *auf gesamtstädtischer Ebene* mindestens kostenneutral erfolgen und zu einer höheren Kostendeckung insgesamt beitragen.

⁷⁵ Einbezogen wurden die Volkshochschulen der Städte Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt/M., Essen, Dortmund, Stuttgart, Düsseldorf, Bremen, Duisburg, Hannover, Nürnberg, Leipzig, Dresden.

⁷⁶ Siehe **Tabelle 2**.

⁷⁷ Eine Bedarfsdeckung in diesem Bereich dürfte dennoch bisher nicht erreicht sein, wie der Vergleich mit Frankfurt/M. zeigt: bezogen auf die Einwohnerzahl hat die VHS Frankfurt ein nahezu doppelt so großes Sprachenangebot wie die Berliner Volkshochschulen.

Erheblich unter dem großstädtischen Durchschnitt liegt die Berliner Weiterbildungsdichte im Programmbereich *Politik - Gesellschaft - Umwelt* und auf den ersten Blick auch im Programmbereich *Grundbildung - Schulabschlüsse*. Da das Nachholen von Schulabschlüssen in Berlin überwiegend in eigenen Organisationsformen (Lehrgängen und Kollegs nach Schulgesetz ⁷⁸) stattfindet und deren Zahlen in die bundesweite Volkshochschulstatistik nicht eingehen, ist ein zahlenmäßiger Vergleich in diesem Bereich nicht möglich.

Eine Bedarfsdeckung bei politischer Bildung und Grundbildung ist zweifellos schwierig, weil beide Bereiche hohe Zuschüsse erfordern. Es handelt sich jedoch um Kernbereiche der öffentlich verantworteten und geförderten Weiterbildung; für die Existenzsicherung der Volkshochschulen ist ihr Engagement in diesen Bereichen von erheblicher Bedeutung.

5.2 Finanzierung und öffentliche Förderung

Die Finanzkennzahlen der Berliner Volkshochschulen liegen sowohl bei volumenbezogener wie bei einwohnerbezogener Betrachtung erheblich unter dem großstädtischen Durchschnitt. Bei den verschiedenen Einnahmearten (Teilnahmeentgelten, öffentlichen Zuschüssen, Fremdmitteln und sonstigen Einnahmen) liegen die Volkshochschulen in Berlin zwischen 60 und 90 Prozent der durchschnittlich erzielten Beträge je Unterrichtseinheit (UE). Bei den Gesamteinnahmen erreichen sie je UE und je Einwohner etwa 68 Prozent der Durchschnittswerte.

Einnahmen und Ausgaben der Berliner Volkshochschulen sind *UE-bezogen* von 1996 bis 2006 kaum gestiegen (+0,9 %), im großstädtischen Durchschnitt stiegen die Beträge bis 2005 um acht Prozent. Seit 1996 nahmen zwar die *Entgelteinnahmen* in Berlin je Unterrichtseinheit um 1,35 € zu, jedoch gingen zugleich *Zuschuss*, *Fremdmittel* und *sonstige Einnahmen* um 0,90 € zurück.

Einnahmen / Ausgaben je Unterrichtseinheit
(UE in Kursen)

	großstädt. Durchschnitt		Berlin		Berlin in % des Durchschnitts
	1996	2005	1996	2006	
Entgelte	20,41 €	25,55 €	14,75 €	16,10 €	63 %
Zuschüsse	43,23 €	44,53 €	32,83 €	30,13 €	68 %
Fremdmittel u. sonst. Einn.	7,71 €	6,88 €	4,38 €	6,18 €	90 %
Ges.-Einnahmen u. -Ausgaben	71,35 €	76,95 €	51,95 €	52,41 €	68 %

Der *Gesamtaufwand je Einwohner* beträgt in Berlin 8,67 €, im großstädtischen Durchschnitt 12,73 €. Der *Zuschuss pro Kopf* ist in Berlin ebenfalls erheblich geringer (4,98 € gegenüber 7,51 €).

Die Berliner Volkshochschulen sind ertrags- und einnahmeschwächer als die großstädtischen Volkshochschulen insgesamt. Die niedrigeren Zuschüsse und die geringeren Erträge aus Entgelten haben hieran den größten Anteil.

Die geringere Ertragskraft ist vor allem mit der *Sozialstruktur* der Teilnehmerschaft (hoher Anteil individuell ermäßigungsberechtigter Teilnehmender) und der auf die Berliner Sozialstruktur ausgerichteten *Programmstruktur* (hoher Anteil ermäßigt angebotener Veranstaltungen für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen) zu erklären. Zur Kompensation der Einnahmeausfälle in diesen Bereichen wären höhere Zuschüsse *und* eine Programmausweitung in ertragsstärkeren Aufgabenfeldern erforderlich.

⁷⁸ Zweiter Bildungsweg nach § 40 SchulG (siehe Anm. 23).

5.3 Personalausstattung und -struktur

Die ungünstigere finanzielle Lage der Berliner Volkshochschulen zeigt sich auch bei der geringeren Personalausstattung; dies wiederum hat Folgen für die quantitative und qualitative Leistungsfähigkeit der Einrichtungen. Die Berliner Volkshochschulen haben (wie die gesamte Berliner Verwaltung) seit Mitte der 90er Jahre fast ein Drittel ihres festangestellten Personals⁷⁹ abgebaut. An den übrigen großstädtischen Volkshochschulen hat es eine vergleichbare Entwicklung nicht gegeben; die Mitarbeiterzahlen blieben konstant.

Entwicklung der Personalausstattung in absoluten Zahlen

	Großstädte insgesamt	Großstädte ohne Berlin	Berlin
1996	1.259	1.011	248
2006	1.174*	1.004*	171
Veränderung	-7 %	-1 %	-31 %

* 2005

Volumenbezogen und *einwohnerbezogen* erreicht die Berliner Personalausstattung 57 Prozent des großstädtischen Durchschnitts. 1996 lag der volumenbezogene Wert in Berlin noch bei 87 Prozent des Durchschnitts; heute ist eine erhebliche Unterausstattung festzustellen.

Entwicklung der Personalausstattung, volumen- und einwohnerbezogen

	großstädt. Durchschnitt	Berlin	Berlin in % des Durchschnitts
Personal je 100.000 UE			
1996	59,4	51,7	87 %
2006	53,1*	30,4	57 %
Personal je 100.000 Einw.			
1996	9,4	7,1	76 %
2006	8,8*	5,0	57 %

* 2005

Einsparungen im Personalbereich werden andernorts vor allem durch *Änderungen der Personalstruktur* erzielt: die Volkshochschulen haben Stellen für pädagogisch planende Mitarbeiter/-innen abgebaut, im Verwaltungsbereich dagegen zusätzliche Stellen eingerichtet. Dieses Vorgehen ermöglicht eine Entlastung des planenden Personals von Verwaltungsaufgaben und damit einen rationelleren Einsatz der (höher bezahlten) wissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeiter/-innen.

Der Stellenabbau an den Berliner Volkshochschulen betraf die Bereiche Planung (-31 %) und Verwaltung (-31 %) gleichermaßen. Im Ergebnis ist das *Verhältnis der Mitarbeiterzahlen* zwischen Planung und Leitung einerseits und Verwaltung andererseits in Berlin mit 1:1,1 weitaus ungünstiger als bei den anderen großstädtischen Volkshochschulen (1:1,7).

⁷⁹ Leitung, pädagogisch planende und Verwaltungsmitarbeiter/-innen. Angestellte überwiegend *unterrichtende* Mitarbeiter/-innen, die es in Berlin bis auf eine Ausnahme nicht gibt, an anderen Volkshochschulen jedoch in größerer Zahl, sind in den Vergleich nicht einbezogen.

Veränderung der Personalstruktur seit 1996

	Großstädte ohne Berlin*	Berlin
päd. planendes Personal und Leitung	-12 %	-31 %
Verwaltungspersonal	+8 %	-31 %
Personal insgesamt	-1 %	-31 %
Verhältnis Planung und Leitung zu Verwaltung		
2006 (1996)	1:1,7 (1:1,4)	1:1,1 (1:1,1)

* (bis) 2005

Der Abbau pädagogisch planenden Personals und die Zunahme des Programmvolumens haben überall dazu geführt, dass der Planungsumfang pro pädagogischer Mitarbeiterin bzw. pädagogischem Mitarbeiter sehr stark gestiegen ist. Während diese zusätzliche Belastung andernorts, wie beschrieben, durch Aufstockung des Verwaltungspersonals gemildert wurde, fand in Berlin ein Abbau in beiden Bereichen statt. Die Kapazitäten für im engeren Sinne pädagogische Aufgaben sind infolgedessen äußerst beschränkt.

Planungsvolumen (Zahl der Kurse) je päd. plan. Mitarbeiter/-in (einschließlich Leitung)⁸⁰

	Großstädte ohne Berlin	Berlin	Berlin in % des Durchschnitts
1996	109	126	116 %
2006 (Großstädte: 2005)	147	200	136 %

5.4 Betriebsgrößen

Die einzelnen Bezirksvolkshochschulen in Berlin sind notwendigerweise viel kleinere Einrichtungen als die der übrigen Großstädte, in denen es jeweils nur eine Volkshochschule gibt.

Einrichtungsgößen nach Personal, Programmvolumen und Teilnehmerzahlen (gerundete Durchschnittszahlen)

	Millionenstädte*	Großstädte um 500.000 Einw.**	Bezirks-VHS Berlin	Berlin gesamt
Personal ⁸¹	147	52	14	171
Kurse	7.320	3.050	1.340	16.120
Unterrichtseinheiten	207.300	98.200	47.100	565.500
Teilnehmer/-innen	130.900	41.900	18.500	221.700

* Hamburg, Köln, München (2005) ** 2005

Die Betriebsgröße hat Einfluss auf die Programmgestaltung (leichtere Ausdifferenzierung bei größerem Programmvolumen), vor allem aber bestimmt sie die Möglichkeiten der *innerbetrieblichen Aufgabenverteilung*. Größere Mitarbeiterzahlen erlauben etwa eine stärkere fachliche

⁸⁰ Üblicherweise wird bei dieser Kennzahl die VHS-Leitung nicht mitgezählt. Hier geschieht dies doch, um nicht wegen der besonderen Organisationsform der Bezirksvolkshochschulen in Berlin *zwölf Stellen* unberücksichtigt zu lassen. (Die Berliner Werte erschienen dann noch ungünstiger.) Allerdings fällt auch der Leitungsaufwand zwölfmal an, so dass die Leiter/-innen nur in geringem Umfang pädagogisch planend tätig sein können.

⁸¹ Festangestellte Mitarbeiter/-innen für Leitung, Planung und Verwaltung (ohne überwiegend *unterrichtende* Mitarbeiter/-innen).

Spezialisierung im Planungsbereich, die Betrauung einzelner Mitarbeiter/-innen mit Querschnittsaufgaben oder die Ergänzung des Teams um Personen mit speziellen Qualifikationen. Die Nutzung dieser Möglichkeiten kann zu Qualitäts- und Effizienzgewinnen führen⁸².

6. Entwicklungsperspektiven und Handlungsbedarf

Die Berliner Volkshochschulen arbeiten, wie dargelegt, sehr erfolgreich. Der Erfolg ihrer Arbeit ist um so mehr zu würdigen, als er unter schwierigen Bedingungen erzielt wurde. Die *Neuregelung des Aufgabenbereichs im Schulgesetz* von 2004 hat zur Sicherung der Volkshochschularbeit entscheidend beigetragen und die Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung geschaffen. Noch bestehende *Strukturschwächen* sollten dabei besonders beachtet und möglichst behoben werden.

Zusammenarbeit der Einrichtungen

- Die bisherigen Formen der Zusammenarbeit der Volkshochschulen und der Entscheidungsfindung sind auf die Erfordernisse des gemeinsamen und abgestimmten Handelns als Regelfall nicht ausgelegt. Verbindliche Entscheidungen herbeizuführen, erfordert hohen Abstimmungsaufwand und viel Zeit.
- Den Volkshochschulen fehlt ein „gemeinsames Dach“, das ihre Wahrnehmung auf gesamtstädtischer Ebene verbessern und die Zusammenarbeit mit auf dieser Ebene agierenden Partnern erleichtern würde.
- Die Möglichkeiten der arbeitsteiligen Zusammenarbeit der Volkshochschulen werden nicht umfassend genutzt. Bei der äußerst knappen Personalausstattung der Volkshochschulen ist ein Ausbau der Arbeitsteilung eine wesentliche Voraussetzung, wenn weitere Leistungsverbesserungen erzielt werden sollen.
- Querschnittsaufgaben wie Marketing, Mittelakquise, Öffentlichkeitsarbeit können bisher wegen der geringen Personalausstattung an kaum einer Volkshochschule hauptamtlich wahrgenommen werden. Ein Ausbau der Arbeitsteilung würde eine Professionalisierung solcher Arbeitsgebiete erleichtern bzw. ermöglichen.
- Die bisherigen Ansätze, bestimmte Aufgaben an einer Stelle für alle Volkshochschulen wahrnehmen zu lassen (Geschäftsstelle für das gemeinsame EDV-Verwaltungsprogramm, gemeinsame Prüfungszentrale), sollten ausgebaut werden.
- Eine systematische Planung gemeinsam angebotener Programmsegmente gibt es bisher nicht. Sofern die *finanztechnischen* Möglichkeiten zum Ausbau des Programms geschaffen werden, bietet ein gemeinsames Programmangebot gute Expansions- und Refinanzierungsmöglichkeiten. Ein zentrales Unterrichtsgebäude in guter Lage würde die Erfolgchancen des gemeinsamen Angebots noch verbessern (siehe auch 3.4).

Finanzierungssystem

- Volkshochschulen als *Bildungsbetriebe* brauchen wirtschaftlichen Handlungsspielraum, den die Verfahrensweisen der Kameralistik ihnen nicht *per se* einräumen. Auch innerhalb der Kameralistik können jedoch Vereinbarungen getroffen werden, die es den Volkshochschulen erlauben, alle Refinanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, dadurch ihre Leistung zu steigern und ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern.
- Das mengenorientierte Budgetierungssystem bietet zwar einen Anreiz zur Mengensteigerung, dessen Wirkung jedoch bei der Übersetzung der Produktbudgets in den kameralen Bezirkshaushalt weitgehend neutralisiert wird. Bildungspolitisch erwünschte Mengensteige-

⁸² Der Größengewinn, den die Gebietsreform 2001 für die Berliner Volkshochschulen rechnerisch bedeutet hätte, wurde durch den Personalabbau bis 2005 halbiert: die durchschnittliche Betriebsgröße lag im Jahr 2000 bei 9,7 (umgerechnet auf zwölf Einrichtungen: 18,6), 2001 nach der Fusion bei 16,4, 2005 bei 14,2 Stellen.

rungen lassen sich nur befördern, wenn das Anreizsystem auf allen bezirklichen Ebenen wahrgenommen und seine Nutzung in die *Zielvereinbarungen* mit den Einrichtungen aufgenommen wird.

- Zur Verbesserung der Versorgung mit Weiterbildung und zu einer *gleichmäßigeren* Versorgung mit Weiterbildung in den Bezirken ist ein politischer Beschluss über eine die Bezirke bindende stufenweise steigende *Mindestweiterbildungsdichte* erforderlich, der über die mengenbezogene Bezirksbudgetierung umgesetzt werden kann⁸³.
- Die Wachstumsorientierung der Volkshochschulen erfordert, ihnen Spielraum bei den Personalressourcen einzuräumen. Wenn für Volumensteigerungen zusätzliche Mitarbeiter/-innen gebraucht werden, sollten Volkshochschulen sich im Rahmen der Möglichkeiten des Landes personell verstärken können. Die Aufstellung eines abgestimmten Konzepts zur Personalentwicklung erscheint mit Blick auf den bevorstehenden Generationswechsel an den Volkshochschulen als besonders dringlich.
- Wegen der niedrigen Einkommen wichtiger Zielgruppen der Volkshochschularbeit ist eine höhere Beteiligung der Nutzer/-innen an den Volkshochschulkosten allenfalls in begrenztem Umfang möglich. Die Entwicklungschancen der Volkshochschulen hängen damit vor allem von der Fremdmittelinwerbung und von der Höhe des Landeszuschusses ab⁸⁴.

Steuerung

- Wenn die Volkshochschulen enger und in verbindlicher Form kooperieren sollen, brauchen die Bezirke Steuerungsmechanismen für die Volkshochschulen als Gruppe. Denkbar wären Vereinbarungen, mit denen die Bezirke Entscheidungsstrukturen ähnlich denen eines kommunalen Zweckverbands schaffen, um die fachliche Zusammenarbeit der Einrichtungen zu steuern. Die bezirkliche Zuständigkeit für die Volkshochschule würde dadurch nicht tangiert⁸⁵.
- Zur Zeit gibt es in finanzieller Hinsicht eine *Übersteuerung* der Volkshochschulen, in bildungspolitischer Hinsicht dagegen eine *Untersteuerung*. Eine konsequente Umstellung auf die Steuerung per *Zielvereinbarung* zwischen Bezirken und Einrichtungen, wie sie das VGG vorsieht, würde — Ressourcen- und Ergebnisverantwortung vorausgesetzt — die finanzielle Engführung der Einrichtungen ablösen durch eine Steuerung anhand bildungspolitischer Ziele, untersetzt durch die Absicherung der erforderlichen Ressourcen. Die Steuerung per Zielvereinbarung bewirkt eine regelmäßige, intensive Auseinandersetzung der verantwortlichen Gremien mit den Möglichkeiten, die die Volkshochschulen haben, zu den bildungspolitischen, sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Zielen des Landes beizutragen.

Die beschriebenen Strukturschwächen beeinträchtigen die Volkshochschulen in ihrer weiteren Entwicklung. Die Anpassung der Strukturen an die Erfordernisse einer engen Zusammenarbeit schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Berliner Volkshochschulen auch künftig als moderne Bildungsbetriebe erfolgreich zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger arbeiten können.

⁸³ Für den Fall dass Bezirke politisch vorgegebene Mengen eines Produkts nicht erreichen, enthält das Budgetierungssystem die Möglichkeit, im Wege der Nachbudgetierung die Mittel für nicht erreichte Mengen zurückzufordern. Damit entfällt jeder „Anreiz“, die budgetierten Mengen zu unterschreiten.

Die Mindestweiterbildungsdichte müsste produktbezogen ausgestaltet werden (s. dazu Anm. 8).

⁸⁴ Eine Anhebung des Zuschusses pro Einwohner/-in um *einen Euro* würde den Volkshochschulen zusätzlichen finanziellen Spielraum in Höhe von *11,5 Prozent* ihres Gesamtetats verschaffen.

⁸⁵ Das Schulgesetz (§ 123 Abs. 1) sieht den gemeinsamen Betrieb *einer* Volkshochschule durch mehrere Bezirke als Möglichkeit ausdrücklich vor. Geeignete zwischenbezirkliche Organisationsformen wurden bereits 1998 von einer Expertenkommission vorgeschlagen, siehe *Abschlußbericht der Kommission zur Bildung von VHS-Verbänden (Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Februar 1998)*.

Tabelle 1
Unterrichtsvolumen der Volkshochschulen; Weiterbildungsdichte
2006

	Veranstaltungen gesamt	Unterrichtseinheiten gesamt	Kurse	Unterrichtseinheiten in Kursen	Weiter- bildungsdichte *	Programmbereiche (Anteil am Kursvolumen insgesamt)					
						Politik Gesellschaft Umwelt	Kultur Gestalten	Gesund- heit	Sprachen	Arbeit Beruf	Grund- bildung Schul- abschlüsse **
<i>Charlottenburg-Wilmersdorf</i>	1.424	51.692	1.366	51.419	163	6 %	10 %	8 %	65 %	10 %	1 %
<i>Friedrichshain-Kreuzberg</i>	1.201	50.919	1.167	50.834	194	4 %	11 %	6 %	69 %	10 %	1 %
<i>Lichtenberg</i>	1.318	33.883	1.086	32.930	127	1 %	13 %	8 %	63 %	14 %	1 %
<i>Marzahn-Hellersdorf</i>	1.138	27.611	1.115	27.554	110	1 %	24 %	10 %	44 %	20 %	1 %
<i>Mitte</i>	2.404	101.154	2.238	100.632	312	1 %	14 %	5 %	66 %	9 %	4 %
<i>Neukölln</i>	1.283	75.618	1.254	75.546	247	1 %	7 %	6 %	79 %	6 %	1 %
<i>Pankow</i>	1.436	35.750	1.366	35.475	100	3 %	16 %	15 %	50 %	15 %	1 %
<i>Reinickendorf</i>	1.210	29.285	1.144	29.058	119	3 %	17 %	17 %	51 %	12 %	1 %
<i>Spandau</i>	956	24.515	821	23.974	107	2 %	14 %	15 %	53 %	14 %	1 %
<i>Steglitz-Zehlendorf</i>	1.976	52.224	1.889	52.006	180	3 %	14 %	11 %	55 %	14 %	2 %
<i>Tempelhof-Schöneberg</i>	1.736	52.921	1.530	52.378	157	3 %	12 %	9 %	58 %	12 %	6 %
<i>Treptow-Köpenick</i>	1.277	29.969	1.140	29.537	126	2 %	6 %	10 %	58 %	22 %	1 %
<i>Berlin</i>	17.359	565.541	16.116	561.343	165	3 %	12 %	9 %	62 %	12 %	2 %

* Zahl der Unterrichtseinheiten in Kursen je 1.000 Einwohner/-innen

** Ohne Zweiten Bildungsweg nach § 40 SchulG (s. Anm. 23)

Quelle: Berliner VHS-Statistik 2006

Tabelle 2
Programmprofil im Großstädtevergleich (programmbereichsbezogene Weiterbildungsdichte)
 2006 (Großstädte: 2005)

	Großstädte *		Berlin	
	Anteil am Programm-volumen	Weiter-bildungs-dichte	Anteil am Programm-volumen	Weiter-bildungs-dichte
Kurse gesamt	100,0 %	165,4	100,0 %	165,3
Politik Gesellschaft Umwelt	4,2 %	7,0	2,6 %	4,3
Kultur Gestalten	12,7 %	20,9	12,4 %	20,6
Gesundheit	10,1 %	16,6	8,8 %	14,6
Sprachen	54,4 %	90,0	62,2 %	102,8
Arbeit Beruf	11,6 %	18,5	11,8 %	19,5
Grundbildung Schulabschlüsse **	7,5 %	12,3	2,2 %	3,6

* Volkshochschulen der 15 größten deutschen Städte (einschl. Berlin), Zahlen von 2005

** Wegen der unterschiedlichen Organisationsform des Zweiten Bildungswegs nicht vergleichbar (s. Anm. 23)

Quellen: Sonderauswertung der Deutschen Volkshochschulstatistik 2005 (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, 2006), Berliner VHS-Statistik 2006

Tabelle 3
Raubbestand und Raumbedarf

Stand: 31.12.2006

	Raubbestand (VHS-eigene Unterrichtsräume)	Raubbedarf bei Weiterbildungsdichte 200**	Bedarfsdeckungsgrad
Charlottenburg-Wilmersdorf	76	63	100 %
Friedrichshain-Kreuzberg	29	53	55 %
Lichtenberg	35	52	68 %
Marzahn-Hellersdorf	32	50	64 %
Mitte *	69	65	100 %
Neukölln *	24	61	39 %
Pankow	33	71	46 %
Reinickendorf	33	49	68 %
Spandau	16	45	36 %
Steglitz-Zehlendorf	39	58	68 %
Tempelhof-Schöneberg	25	66	38 %
Treptow-Köpenick	53	47	100 %

* Weiterbildungsdichte bereits jetzt über 200, (Bedarfsdeckung: Mitte 68 %, Neukölln 32 %)

** Standardisierte Raumbedarfsermittlung (s. Anm. 62). Der tatsächliche Bedarf kann abweichen.

Quelle: Übersicht VHS-Raumkapazitäten 2007 (Sen BWF II F 13)

Tabelle 4
Gesamtfinanzierung: Einnahmen der Volkshochschulen

2006 (Angaben in 1.000 €)

	<i>Teilnahme- Entgelte</i>	<i>Anteil</i>	<i>Fremdmittel</i>	<i>Anteil</i>	<i>sonstige Einnahmen</i>	<i>Anteil</i>	<i>Zuschuss aus öffentl. Mitteln</i>	<i>Anteil</i>	<i>Einnahmen gesamt</i>
<i>Charlottenburg-Wilmersdorf</i>	890,1	32 %	98,8	4 %	39,8	1 %	1.759,9	63 %	2.788,6
<i>Friedrichshain-Kreuzberg</i>	795,9	34 %	214,8	9 %	53,8	2 %	1.310,6	55 %	2.375,1
<i>Lichtenberg</i>	487,5	27 %	186,4	10 %	85,3	5 %	1.043,1	58 %	1.802,3
<i>Marzahn-Hellersdorf</i>	445,6	29 %	51,8	3 %	58,1	4 %	959,9	63 %	1.515,4
<i>Mitte</i>	1.315,7	26 %	1.055,9	21 %	96,0	2 %	2.584,5	51 %	5.052,1
<i>Neukölln</i>	659,6	18 %	697,0	19 %	35,6	1 %	2.221,8	61 %	3.614,0
<i>Pankow</i>	706,0	33 %	23,2	1 %	19,9	1 %	1.387,3	65 %	2.136,4
<i>Reinickendorf</i>	659,9	43 %	43,5	3 %	16,0	1 %	868,7	53 %	1.624,1
<i>Spandau</i>	397,7	27 %	95,5	6 %	7,3	0 %	979,7	66 %	1.480,2
<i>Steglitz-Zehlendorf</i>	1.196,0	44 %	72,7	3 %	69,4	3 %	1.402,7	51 %	2.740,8
<i>Tempelhof-Schöneberg</i>	885,4	35 %	176,8	7 %	93,8	4 %	1.401,1	55 %	2.557,1
<i>Treptow-Köpenick</i>	561,9	32 %	51,0	3 %	125,6	7 %	995,3	57 %	1.733,8
<i>Berlin</i>	9.037,3	31 %	2.767,4	9 %	700,6	2 %	16.914,8	57 %	29.420,0

Quelle: Berliner VHS-Statistik 2006

Tabelle 5**Gesamtfinanzierung: Ausgaben der Volkshochschulen**

2006 (Angaben in 1.000 €)

	<i>Gehälter (festangest. Mitarb.)</i>	<i>Anteil</i>	<i>Kursleiter- Honorare</i>	<i>Anteil</i>	<i>Fort- bildung</i>	<i>Anteil</i>	<i>Gebäude- ausgaben</i>	<i>Anteil</i>	<i>Sach- ausgaben</i>	<i>Anteil</i>	<i>Ausgaben gesamt</i>
<i>Charlottenburg-Wilmersdorf</i>	978,5	35 %	1.279,7	46 %	1,0	0 %	435,2	16 %	94,2	3 %	2.788,6
<i>Friedrichshain-Kreuzberg</i>	726,6	31 %	1.212,8	51 %	0,0	0 %	349,1	15 %	86,7	4 %	2.375,1
<i>Lichtenberg</i>	617,8	34 %	791,8	44 %	0,0	0 %	277,2	15 %	115,5	6 %	1.802,3
<i>Marzahn-Hellersdorf</i>	566,1	37 %	626,6	41 %	0,0	0 %	189,2	12 %	133,4	9 %	1.515,4
<i>Mitte</i>	1.278,2	25 %	2.906,9	58 %	1,2	0 %	606,3	12 %	259,6	5 %	5.052,1
<i>Neukölln</i>	599,0	17 %	2.274,3	63 %	0,5	0 %	574,9	16 %	165,2	5 %	3.614,0
<i>Pankow</i>	659,0	31 %	865,7	41 %	0,0	0 %	526,3	25 %	75,4	4 %	2.136,4
<i>Reinickendorf</i>	569,2	35 %	760,7	47 %	0,0	0 %	174,8	11 %	119,4	7 %	1.624,1
<i>Spandau</i>	533,8	36 %	592,0	40 %	0,0	0 %	278,7	19 %	75,8	5 %	1.480,2
<i>Steglitz-Zehlendorf</i>	883,7	32 %	1.223,1	45 %	0,0	0 %	331,7	12 %	302,3	11 %	2.740,8
<i>Tempelhof-Schöneberg</i>	794,3	31 %	1.392,4	54 %	5,3	0 %	195,6	8 %	169,6	7 %	2.557,1
<i>Treptow-Köpenick</i>	683,5	39 %	731,1	42 %	0,0	0 %	247,9	14 %	71,3	4 %	1.733,8
<i>Berlin</i>	8.889,7	30 %	14.657,0	50 %	8,0	0 %	4.196,7	14 %	1.668,5	6 %	29.420,0

Quelle: Berliner VHS-Statistik 2006

Tabelle 6
Personalausstattung der Volkshochschulen
2006

	VHS- Leitung *	hauptberufl. päd. Mitarb. (HPM) **	Verwaltungs- mitarb.	Unterrichts- einheiten je HPM ***	Veranstal- tungen je Verw.-Mitarb.	Teilnehmer/ -innen je Mitarb.	Verhältnis päd. Mitarb.+ Leitung zu Verw.-Mitarb.
<i>Charlottenburg-Wilmersdorf</i>	1	6,7	10,8	7.692	132	1.017	1 : 1,4
<i>Friedrichshain-Kreuzberg</i>	1	5,0	6,5	10.184	185	1.335	1 : 1,1
<i>Lichtenberg</i>	1	6,0	5,0	5.647	264	1.772	1 : 0,7
<i>Marzahn-Hellersdorf</i>	1	4,0	5,0	6.903	228	1.344	1 : 1,0
<i>Mitte</i>	1	7,8	16,2	12.968	149	1.256	1 : 1,8
<i>Neukölln</i>	1	6,0	6,5	12.603	197	1.326	1 : 0,9
<i>Pankow</i>	1	6,0	5,0	5.958	287	1.568	1 : 0,7
<i>Reinickendorf</i>	1	5,0	4,5	5.857	269	1.652	1 : 0,8
<i>Spandau</i>	1	5,0	4,5	4.903	212	1.386	1 : 0,8
<i>Steglitz-Zehlendorf</i>	1	5,8	10,5	9.082	188	1.555	1 : 1,6
<i>Tempelhof-Schöneberg</i>	1	6,7	9,4	7.899	185	1.435	1 : 1,2
<i>Treptow-Köpenick</i>	1	4,6	6,3	6.515	203	1.454	1 : 1,1
<i>Berlin</i>	12	68,6	90,1	8.248	193	1.397	1 : 1,1

* teilweise in Personalunion (zugleich LuV-Leitung)

** ohne überwiegend unterrichtende Mitarbeiter/-innen (1 Mitarb. in Treptow-Köpenick)

*** Unterrichtseinheiten aller VHS-Veranstaltungen

Quelle: Berliner VHS-Statistik 2006